



Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Wn.-Charlottenburg 2

Erkheim wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M., Einzelnummer 20 M., u. 5 M. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 M., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 M., bei Anz. im Anhang an den Zeit auf Zeitbreite 1.20 M.

Nr. 49.

Berlin, 5. Dezember 1930.

11. Jahrg.

Reichstag und Reichsregierung gegen die polnischen Schandtatzen.

Eine scharfe Entschliessung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages. — Weitere Proteste aus den Kreisen der deutschen Volksgeheimtheit. — Die Protestnote der Reichsregierung an den Völkerverbund.

Das schändliche Vorgehen des Polentums gegen die Deutschen in Polen vor den polnischen Wahlen hat in der deutschen Öffentlichkeit eine seit langem nicht mehr dagewesene Erregung und einheitliche Volkseinstimmung ausgelöst, die noch immer nachdrücklich und im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages am 2. M. einen lebhaften Widerhall gefunden und zu scharfen Entschliessungen geführt hat. Die Erregung, die das ganz deutsche Volk über die ungeheure Vergrößerung der deutschen Minderheit in ganz Polen und insbesondere auch über die schändlichen Verfolgungen und Mißhandlungen der Deutschen in Ostoberschlesien ergriffen hat, konnte umsonst abebben, als die Gesagteinstellungen noch immer neue Einzelheiten über die unerhörten polnischen Brutaltaten veröffentlichten und als es bisher an jeder Genugtuung für das belästigte deutsche Gefühl fehlt. Die polnischen Behörden haben nicht nur nachdenklich die Schandtatzen der Aufständischen-Verbände in Ostoberschlesien und die Wahlrechtseingriffe in Polen und Westpreußen geduldet, sondern die Warschauer Regierung fügt zum Schaden der Deutschen nun auch noch den polnischen Spott durch Veröffentlichung einer Erklärung, mit der wir uns an anderer Stelle noch näher auseinander setzen.

Jedenfalls hat doch aber die Warschauer Regierung zu den Dingen in der Öffentlichkeit Stellung genommen, wenn man die Bankrotte, mit denen hier die internationale Öffentlichkeit irreführt werden soll, auch einen neuen politischen Skandal nennen muß. Die deutsche Reichsregierung hat zwar durch Herrn Außenminister Curtius im Auswärtigen Ausschuss zu den Dingen auch Stellung nehmen lassen, aber bis jetzt hat die Öffentlichkeit nur kurze vorläufige Berichte darüber erhalten, während es in hohen Grade mißverständlich gewesen wäre, wenn man nicht nur die deutsche, sondern auch die internationale Öffentlichkeit hätte wissen lassen, wie scharf die deutsche Regierung die polnischen Schandtatzen, gegen die sie beim Völkerverbund scharfsten Widerspruch erhoben hat, verurteilt. So schade, daß Bismarck seinerzeit sein Ausgehen aus der Wilhelmstraße vergaß, hat seine berühmten Rittmeisterfiesel zurückgelassen! Es wäre heute wahrhaftig noch, daß unsere Diplomaten im Auswärtigen Amt nicht nur an diese Rittmeisterfiesel einer erfolgreichen Politik erinnert würden, sondern daß sie die Rittmeisterfiesel auch einmal anziehen. Deswegen können wir genau so gut wie Bismarck die Fäden der verschlungenen diplomatischen Gespinne mit unserer Hand zu entwirren suchen. Das ist ja das Wesen der diplomatischen Kunst. Aber Bismarck hat gezeigt, daß die letztere eben nicht nur darin besteht. Die Empörung über das ferne Verhalten der Polen ist naturgemäß ganz besonders groß in unseren Ostgebieten und vor allem in Westoberschlesien, wo man ja am unmittelbarsten die Qualen und die Schände, die deutsche Brüder und Schwestern jenseits der Grenze erleiden mußten, mitläßt. Um zu verstehen, daß diese Erregung bei öffentlichen Veranstaltungen in gefährlicher Weise ausarte, hat der Regierungspräsident in Oppeln alle öffentlichen Umzüge und Versammlungen verboten. Ob das notwendig war, wollen wir zunächst dahingestellt sein lassen. Verlassen kann man es jedenfalls, daß der Oppelner Regierungspräsident die ernste Sorge hat, es könnten sonst Dinge passieren, deren Gefährlichkeit und weitere Wirkungen nicht abzusehen sind. Die nach außen in die Erklärung tretende Erregung im deutschen Volke kann sich etwas legen, die innere Empörung über die polnischen Schandtatzen wird sich aber nicht legen, bevor nicht Polen Genugtuung gegeben und sich zu einer Garantie gegen die Wiederholung solcher Schändlichkeiten verpflichtet. Ein wirklicher Rechtsstaat wird in Polen auch künftig so leicht nicht werden, aber einen derartigen Umfang

wie in den letzten Wochen und Monaten darf die polnische Rechtslosigkeit und Willkür nicht wieder annehmen.

Der Auswärtige Ausschuss gegen Polen.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurden am 2. Dezember die Vorgänge bei den polnischen Wahlen und die Gewaltakte gegen die deutschen Minderheiten in Polen behandelt. Angenommen wurde zunächst eine von der D.D.P., dem Zentrum und der U.S.P. eingebrachte Entschliessung der Mittelparteien, in der es u. a. heißt:

„Der Auswärtige Ausschuss gibt einmütig seiner Empörung Ausdruck über die Gewaltakte, die in Polen aus Anlaß der letzten polnischen Wahlen unter Verstoß von Recht und Gerechtigkeit gegen die deutsche Minderheit verübt worden sind... Der Auswärtige Ausschuss sieht diese Vorgänge um so ernster an, als sie nur ein Glied in der langen Kette von Vorkommnissen sind, die klar ein auf die Bedrückung, Verdrängung und Vernichtung der Minderheit gerichtetes polnisches System erkennen lassen. Der Ausschuss hält den Beweis für erbracht, daß eine solche offene Bedrückung nur mit stillschweigender Billigung und Ermächtigung seitens der polnischen Behörden möglich war... Der Auswärtige Ausschuss erwartet von der Reichsregierung, daß sie alle ihr zu Gebote stehenden Mittel benutzt, um zu erreichen, daß Polen gezwungen wird, von diesem Kursabstand zu nehmen und der deutschen Minderheit den Genuß derjenigen Rechte zu gewährleisten, die ihr nach den Verträgen zukommen. Er erwartet ferner, daß die schuldigen polnischen Beamten bestraft werden, den geschädigten Minderheitsangehörigen eine angemessene Entschädigung für die erlittene Unbill verschafft und vor allem die Wiederholung solcher empörenden Vorgänge für die Zukunft unmöglich gemacht wird.“

Serner nahm der Auswärtige Ausschuss eine deutsch-nationale Entschliessung an, worin die Reichsregierung erklärt wird, daß sie durch die polnischen Brandstiftungen und deutschen polnischen Staatsangehörigen der erlittenen Schaden erleihe, insbesondere auch ein Schmerzensgeld gezahlt werde.

Angenommen wurde auch eine nationalpolnische Entschliessung, worin die Reichsregierung erklärt wird, die Ratifikation des deutsch-polnischen Equivocationsabkommens nicht zu vollziehen und alle Verhandlungen mit Polen zum Abschluß eines Handelsvertrages oder sonstiger Abkommen unermäßig abzubrechen.

Weiter beschloß der Auswärtige Ausschuss, auf Grund einer deutsch-nationalen Resolution die Reichsregierung zu ersuchen, nicht nur von einer Ratifikation des deutsch-polnischen Equivocationsabkommens abzuheben, sondern auch unermäßig die Aufhebung des Reichstagsbeschlusses zu beantragen, durch den der Reichstag diesem Abkommen zustimmt.

Der Ausschuss stimmte alsdann einer Entschliessung der „Völkerverbund“-Partei zu, worin die Reichsregierung ersucht wird, solange die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen in Ausdehnung, bis dem Deutschen Reich von Polen in allen zur Zeit bestehenden Differenzen volle Genugtuung geworden ist.

Reichsrat Eising
8 DEZ 1930

Schließlich nahm der Ausschuss eine nationalsozialistische Resolution an, worin die Reichsregierung ersucht wird, auf Grund der vom Vertreter des Reiches selbst festgestellten Weigerung der Mehrheit der Teilnehmer des vorbereitenden Abzählungs-Ausschusses, ihre Abzählungsverpflichtungen nachzukommen, die deutsche Vertretung aus Genf sofort zurückzuberufen und nur einen Beobachter dort zu belassen.

Die wichtigsten und folgenreichsten Entschlüsse, die sich auf den Abbruch der Verhandlungen mit Polen, den Widerruf des Liquidationsabkommens und die Abberufung der deutschen Vertreter aus der Genfer Abzählungskommission beziehen, sind gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokraten, also gegen die Regierungsgesamtheit von einer aus der Opposition der Rechten und Kommunisten zusammengesetzten Mehrheit des Ausschusses angenommen worden. Wirtschaftspartei und Christlichsozialen stimmten mit der Opposition, während die Staatspartei bekanntlich in den Ausschüssen nicht mehr vertreten ist.

Polnische Aufregung.

Die polnische Presse tut sehr ernst, wenn der Gehässigkeit des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Reichstages. Die offizielle „Gazeta Polska“ spricht von „Herausforderungen“ und wendet sich an die westeuropäischen Regierungen, denen sie klarmachen sucht, daß ein neuer Kurs der deutschen Außenpolitik gleichgültig Polen und die Grundlagen des europäischen Friedens bedrohe. Die anderen Blätter des Regierungslagers sprechen von „Unerschämtheit“ und von „Entsinnung in die innerpolitischen Verhältnisse“ Polens. Die Nationaldemokraten freuen sich, daß das Liquidationsabkommen nicht ausgeführt werden soll und verlangen, daß die Liquidationen gleich fortgesetzt und das Verkaufsstück Anstehen gegenüber ausgesetzt werden soll.

Der Olauschluß

hat folgende Entschließung dem Reichsminister des Äußeren, dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Innern zugehen lassen:

„Mit tiefster Entrüstung beobachtet die im Olauschluß — Bund deutscher Olsverbände — vereinigten Olsorganisationen das seit Monaten in Polen immer bedrohlicher zutage tretende planmäßige und einseitige Vorgehen, das bürgerliche Olauschluß aller seiner Freiheitsrechte zu berauben, um es letzten Endes auszurollen.“

Der Olauschluß bittet die Reichsregierung, diesen allen garantierten Rechten der Minderheiten hinopfernden Maßnahmen der polnischen Regierung auf das energischste entgegenzutreten und sich für einen gerechten und wirksamen Schutz der deutschen Minderheiten mit allen Mitteln einzusetzen. Graf v. Dautsheim.“

Einmütiger Appell aller Parteien und Wirtschaftsgruppen.

Am 27. November hatten sich in Oppeln die Vertreter sämtlicher Wirtschaftskreise und politischen Parteien Obererschlesiens zusammengefunden, um zu den Vorgehens in Olsverbänden Stellung zu nehmen. Das Ergebnis dieser Besprechungen wurde übereinstimmend wie folgt festgelegt: „Die obereschlesische Bevölkerung hat sich, wie in Olsverbänden schwerster Zeit vor zehn Jahren, unter Zurückstellung aller politischen und wirtschaftlichen Gegensätze einmütig zusammengefunden. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Kulturmacht auf die unerbörten Vergewaltigungen unserer deutschen Brüder jenseits der Grenze. In heller Empörung über diese unmenslichen Verletzungen des Genfer Abkommens, die eines Staates und eines Volkes nicht erdulden lassen, beschließt sie, jetzt das obereschlesische Volk in allen seinen Schichten schärfste Verwarnung ein. Das obereschlesische Volk fordert von der Reichsregierung, daß sie unverzüglich alle ihr als Vertragspartner des Genfer Abkommens zur Verfügung stehenden Mittel ergreift, um das deutsche Recht zu wahren und unser Land vor den Gefahren zu schützen, die die Anwendung der ergriffenen verwerflichen Methoden in Polen auch für unser Land bringen muß.“

Diese Willenskundgebung wird unterstützt von der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Landwirtschaftskammer, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Gewerkschaftsring, dem Deutschen Bauernbund, dem Reichsverband katholischer Arbeiter, Reichsbanner, Stahlhelm, Provinzialkriegerbund, dem Vereinigten Verbände heimattreuer Obereschlesier, dem Deutschen Evangelischen Volksbund, dem obereschlesischen Kulturbund, der Arbeitsgemeinschaft katholischer Vereine und Verbände, der Sozialdemokratischen Partei, der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Obereschlesischen Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Staatspartei, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und dem Christlich-Sozialen Volksdienst.

Die von diesen politischen Parteien und Verbänden mit Ausnahme der Kommunisten, — von den Gewerkschaften und den Vereinigten Verbänden heimattreuer Obereschlesier in Gleiweit abgehaltene Kundgebung zum Protest gegen die in Olsverbänden auf den Aufständlichen verübten Gewalttaten am vergangenen Sonntag hatte eine überwältigende Beteiligung zu verzeichnen. Reichtsamtvolk Rastkaffe, ehemaliger Abzählungskommission von Gleiweit, fand

mit seiner Rede so starken Widerhall, daß er wiederholt seine Ausführungen unterbrechen mußte, weil seine Stimme in den allseitigen Stürzen unterging.

Eine starke und eindrucksvolle Protestkundgebung fand auch auf dem Ringe in Katowice statt, wo Präsidium und Vertreter von Schade zu etwa 2000 Menschen sprachen. Diese Protestkundgebung wurde durch die schließliche Fankunde mehren Hunderttausenden zugänglich gemacht. Auch diese Kundgebung fand ihren Niederschlag in einer einmütig angenommenen Protestentschließung. — In Oppeln fand gleichfalls eine überparteiliche Kundgebung statt. — In Hindenburg haben die Verbände aller Parteien (außer der kommunistischen) eine gemeinsame Protestentschließung gegen den polnischen Terror gefaßt.

Außer einer Kundgebung des Bundes „Rettet die Ehre!“ hatte die „Doff. Gta.“ bei ihrem in der letzten Nummer des „Ostlands“ wiedergegebenen Hinweis auf rechtsgerichtete Kreise die angeblich verfaßten, durch einseitiges Vorgehen Parteinteressen in den Vordergrund zu stellen, wohl vor allem folgende Meldung aus Kattowitz im Auge: Im Randyn trat die Vertreter einer Anzahl obereschlesischer Verbände deutschnationaler Parteiorganisationen und einheimischer Verbände zusammen, um sich mit dem unerhörten Terror in Olsverbänden und der Frage der Abwehrmaßnahmen zu beschäftigen. Die Versammlung faßte eine Entschließung, in der einseitig festgelegt wird, daß „obwohl die deutsche Reichsregierung durch ihren Gesandten beim polnischen Außenminister Solchke ihre Proteste gegen das bürgerliche Vorgehen in Olsverbänden und Pomerellen unternommen hat, die Gewerkschaften gegenüber unserer deutschen Volksgenossen nur noch verfaßte Gestalt angenommen haben.“ „Sollten“, so heißt es dann, „alle diplomatischen Schritte ohne Erfolg bleiben, so verlangen wir die Anwendung von Sanktionen und Repressalien gegenüber den auf deutschem Gebiet wohnenden Polen. Das ist um notwendig, als sich die polnische Propaganda seit Jahren im Olsverbänden Gebiet in der landesverräterischen Weise bemüht hat. Die oberschlesische Grenzstadt macht neben dem ständig zu wiederholenden Verlangen der Grenzregion die Erhebung folgender Forderungen notwendig:

1. Erloß eines Gesetzes, das polnische Niederlassungen in einer bestimmten Zone jenseits der Grenze verbietet;
2. Verdrängung der polnischen Minderheitsschulen in Westerschlesien auf das in der Genfer Konvention vorgesehene Maß;
3. Aufhebung der preussischen Minderheitsverordnungen vom Dezember 1928;
4. Senk der in Deutschland erscheinenden polnischen Presse und Verbot derjenigen Blätter, die Deutschland ständig beschimpfen und offen zum Vandalenverrat aufreizen;
5. Streichung aller haßhaften Mittel für polnische Veranlassungen;
6. Zurückführung der jetzt polnischen Ortsnamen auf ihre ursprüngliche deutsche Bezeichnung;
7. Kundgebung des Bundeskanzlers zur Aufklärung über die polnischen Angriffsmaßnahmen.

An das gesamte deutsche Volk richten wir alle die Aufforderung, den deutschen Osten in seinem inneren Kampf, der durch die Mobilisierung der polnischen Aufständischen und Grenzschutzverbände in ein entsetzendes Stadium getreten ist, nicht im Stich zu lassen. Es muß fortan unmöglich sein, das deutsche Arbeiterorganisationen auf deutschem Boden jenseits der Grenze gegen ein verfeindetes Gesicht zu haben. Es muß dafür Sorge getragen werden, nichtfalls aus der oberschlesischen Bevölkerung heraus einen Grenzschutz zu bilden, der ohne Eingriff der Regierung die Verteidigung der Grenze übernehmen kann. Deutsche, vergeßt den deutschen Osten nie!

Die Entschließung ist von folgenden Verbänden unterzeichnet: Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigenverbände (Sig Kleinig), Bismarckbund, Bund Königin Olga, Schlageter e.V., Stahlhelm, Deutsch-nationale Volkspartei (Landesverband Westschlesien), Bundesfrauenauschuss der Deutschnationalen Volkspartei, Verband der heimattreuer Westschlesier, Reichsverband patriotischer Arbeiter (Landesverband Obereschlesien) und Vereinigte Verbände heimattreuer Obereschlesier in Gleiweit.

Die anderen Parteien haben inzwischen so ebenfalls in schärfster Weise gegen die Schandtaten des Polentums Stellung genommen.

Wirth in Obereschlesien. — Demonstrierungsverbot.

Die Erregung in Deutsch-Obereschlesien über die Vorgänge in Polen hat den Reichsminister Dr. Wirth veranlaßt, in Begleitung des Staatssekretärs Heega vom preussischen Innenministerium nach Oppeln zu fahren, um dort mit sämtlichen Verbänden und Parteien, mit Ausnahme der kommunistischen, Führung zu nehmen. In einer Besprechung legte Dr. Wirth die Auflösung des Reichskabinetts dar. Unter gar keinen Umständen dürfe bei der obereschlesischen Bevölkerung der Gedanke entstehen, daß das obereschlesische Land schuldig sei. Das obereschlesische Volk habe einmütig zusammen und sei in der Lage, die Grenzen gegen Störkräfte zu schützen. Der Minister gab seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß trotz aller begrifflichen Erregung das obereschlesische Volk so maßgebend Disziplin und Ruhe bewahrt habe und vor allem die

Rechte der polnischen Minderheit auf deutschem Gebiet nicht im geringsten angetastet habe.

Dr. Witth hatte Gelegenheit, den entschlossenen Abwehrwillen der oberösterreichischen Bevölkerung, auf den sich die Reichsregierung bei ihren außenpolitischen Aktionen stützen könnte, kennenzulernen. Ein Ergebnis des Ministerbesuchs scheint es zu sein, wenn der Regierungspräsident von Oppeln auf Grund der geschehenen Vermittlung alle Verordnungen unter freiem Himmel einschließlich alle Umzüge für das Gebiet des Regierungsbezirks Oppeln bis auf weiteres mit sofortiger Wirkung verboten hat. Man will offenbar Unbedrohlichkeit vortreiben, da die oberösterreichische Kreise offen von der Notwendigkeit „demokratischer Selbsthilfe“ gesprochen haben. Das oberösterreichische Volk wird aber „Vorwärts“ der Reichsregierung überlassen, wie das folgende, allzu patetistische Verhalten der Regierung.

Die Reichsregierung

hat ja auch in der Tat die Erwartungen, die auf ein rationales und entscheidendes Vorgehen in der Frage des polnischen Erbes in Oberschlesien gerichtet waren, enttäuscht. Der Landrat des Kreises Deutchen-Garnowitz, Dr. Urbanek, hat die Lage durchaus richtig beurteilt, wenn er in der oberösterreichischen Zentrumspresse ausgeführt hat, daß „durch das bisherige ständige Zurückweichen der deutschen Regierung die Polen provoziert“ worden sind. „Wer jetzt Schwäche zeigt, der münnt die Polen zu neuen Greulen auf.“ Es ist nicht zu leugnen, daß eine Fortsetzung dieser weichen und zögernden Politik den Polen eine Gelegenheit gebietet, sich in der Zukunft zu neuen Tritten und aus der schmalen Beteiligung, in die sie durch die Ereignisse erzwungen worden sind, zum Angriff überzugehen. Es ist daher sehr zu bedauern, daß die Reichsregierung darauf verzichtet hat, eine außerordentliche Sitzung des Völkerbundesrats zu fordern. Sie hat es für richtig gehalten, ihren Protest gegen den polnischen Erbstreit auf den planmäßigen Ratstag im Januar zur Sprache zu bringen, sie begründet ihren Bericht damit, daß eine Sondertagung, die vorausichtlich in der Weihnachtszeit gehalten wäre, weder in den amtlichen Kreisen noch in der großen Presse des Auslandes dieselbe Beachtung wie die reguläre Januartagung finden würde. Vor allem wünscht die Reichsregierung, im Zusammenhang mit der speziellen oberösterreichischen Angelegenheit die ganze Minderheitenfrage vor dem Völkerbund zu stellen, und zu hoffen, was, wie sie sagt, auf einer Sondertagung nicht möglich zu sein würde. Wir hoffen, daß ihr dies gelingen wird und daß die deutsche Vertretung aus eine Wiederholung des kläglichen Schauspielers erspart, Deutschland als Wortführer der nationalen Minderheiten von dem kleinen Ungarn in den Hintergrund gedrängt zu sehen.

Die Haltung der Reichsregierung wird den oberösterreichischen Dingen, deren Behandlung seinen Aufschwung verleiht, nicht gerecht. Sie gibt den Polen Zeit, Genf und den Völkerbund zu überreden, die Abwehrmaßnahmen und Abgrenzungsmanöver so weit zu fördern, daß die deutsche Lage auf der Januartagung wohl auf einen gut organisierten Widerstand stoßen wird. Es ist doch sehr fraglich, ob z. B. die englische Presse in zwei Monaten noch das Interesse für die Vorgänge in Hohenbrunn, Gollaschowitz usw. aufbringen wird, das sie in den letzten Tagen bewiesen hat.

Selbst das führende Zentrumsblatt, die „Germania“, die doch dem Reichskanzler nahesteht, schreibt tabellarisch:

„Wir bedauern es aufrichtig, daß das Reichskabinet nicht die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Völkerbundesrats verlangt hat. Bis zum Zusammentritt der ordentlichen Ratstagung am 17. Januar vergehen noch acht Wochen, und bis dahin werden die polnischen Zersetzungs- und internationalen Öffentlichkeit durch den neuen Akt des Ereignisses in Anspruch genommen. Auch die steigende Erbitterung und Unruhe unter den Deutschen in Oberschlesien diesseits der Grenze wäre ein Anlaß gewesen, um durch einen demonstrativen Genfer Ausnahmeakt die Bedeutung der Selbsthilfe ins rechte Licht zu rücken.“

Die Protestnote der Reichsregierung.

Am 3. Dezember beim Völkerbund in Genf überreichte deutsche Note besteht aus einem Begleitschreiben des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, und einer eingehenden Darstellung der vorgekommenen Geschehnisse. In dem Begleitschreiben heißt es, daß die in Polnisch-Oberschlesien gegen die deutsche Minderheit verübten Gewalttaten eine **flagrante Verletzung der Bestimmungen der Genfer Konvention** vom 15. Mai 1922 darstellen. Die deutsche Regierung, die gemäß Artikel 72 Absatz 2 der Konvention die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die Verletzung der Konvention durch die Generalsekretär, veranlassen zu wollen, daß die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundesrates (17. Januar 1931) gestellt werde.

Im ersten Teil wird eingangs darauf hingewiesen, daß für viele tausende Angehörige der deutschen Minderheit die Ausübung des Wahlrechts dadurch unmöglich gemacht worden ist, daß ihnen die gesetzlich vorgeschriebenen Wahlunterlagen nicht zum Empfangen gebracht wurde mit der Begründung, sie besäßen nicht die polnische Staatsangehörigkeit. Allein in den Wahlkreisen Ratowitz und Königshütte seien auf diese Weise etwa 30 000 Einbürgerte erhoben worden, die auf einem vorgedruckten Formular erfolgt seien,

woraus sich das planmäßige, einheitliche Vorgehen ergebe. Der ganze Vorgang werde durch die Tatsache charakterisiert, daß der Verlust des Wahlrechts Massen deutscher Wähler betraf, an deren polnischer Staatsangehörigkeit bisher niemals ein Zweifel bestanden habe und die in den vergangenen acht Jahren bei allen Wahlen unbeanstandet mitgewirkt hätten. Zum Teil hätten die Betroffenen auch die Wahlunterlagen unter falscher Angabe der Ausübung des Wahlrechts erhalten. Die Deutschen den Schatz verheimlicht, die gesetzlichen Bestimmungen für die freie Betätigung des Wahlrechts vorsehrten. Vom Verband oberösterreichischer Aufständischer für Propaganda für Abgabe der Stimmzettel gemacht worden, wodurch das Wahlgeheimnis verletzt worden sei. Ein Erfolg des Ministeriums des Innern, in dem auf Anfrage eines Wahlkommisars ausgeführt wurde, daß es sehr schwer sei, offen oder geheim seinen Stimmzettel in das amtliche Wahllokal zu legen, sei vom Wojewoden durch öffentlichen Aufschrei vom 20. Oktober d. J. bekanntgemacht worden. Er sei von dem offiziellen Organ „Polka Goscinnia“ und den Aufständischen in dem Sinne ausgelegt worden, daß jeder, der geheim wolle, damit dokumentiere, daß er ein „Staatsfeind“ sei.

Im zweiten Teil der Darstellung, der die Terrorakte gegen die deutsche Minderheit behandelt, heißt es: Seit dem Beginn des polnischen Wahlkampfes hat die deutsche Bevölkerung in polnischen Oberschlesien unter dem schlimmsten Terror gelitten. Die Mitglieder der Aufständischen-Verbände haben ein rotes Gemetzel angesetzt. Mit Waffen aller Art ausgerüstet, durchstreifen sie jeden Abend nach Einbruch der Dunkelheit in Uniform die Straßen, erlangen sich in Bedrohung der Minderheit und fahnden in Gassen und Häusern nach polnischen Feinden. Jeder polnische Bürger, der an Minderheitsangelegenheiten verknüpft ist, den Stempel des Aufständischenverbandes tragen. In diesen Briefen wurde gedroht, daß die Empfänger, wenn sie nicht offen für die polnische Elite stimmten, ihr Bündel schnüren oder aber ihr Testament machen sollten.“ Bei dieser Einschüchterung und Bedrohung ist es jedoch nicht geblieben. Vielmehr sind in einer großen Zahl von Fällen **Freiheiten und Abgrenzungen** der deutschen Minderheit durch die polnischen Behörden vorgenommen. Es folgt die Darstellung einiger der schwersten Fälle, die vom größten Teil aus den Schilderungen der Presse bereits bekannt sind.

Weiter heißt es in der Note: Es handele sich um eine **beachtliche und planmäßige Aktion gegen die deutsche Minderheit**, die von den polnischen Behörden zum mindesten wohlwollend geduldet worden sei. Im Mittelpunkt des Kampfes gegen die Minderheit stehe die wirtschaftliche Schwächung der deutschen Bevölkerung. Ehrenvorsitzender dieses Verbandes sei der Wojewode von Schlesien. Viele hohe Beamte des Staates und der Kommunalverwaltungen zählten zu seinen führenden Mitgliedern. Der Verband sei seit Jahren die treibende Kraft aller Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit und der Organisator eines **systematischen Selbstmordes gegen das deutsche Volk**. Im letzten Teil der Note wird noch einmal zusammenfassend das in Teil 1 und 2 im einzelnen Dargestellte gefordert:

Die deutsche Regierung erwartet, daß der Völkerbundesrat diejenigen Maßnahmen ergreift, die notwendig sind, um dem Zustand der Rechtlosigkeit und Bedrückung abzuhelfen, unter dem die deutsche Minderheit in Oberschlesien zu leiden hat.

Die Note ist vom Generalsekretär des Völkerbundes sämtlichen Ratsmitgliedern mit folgender kurzer Begleitnote zugestellt worden: Der Generalsekretär beehrt sich, beiliegend dem Rat einen Brief der deutschen Regierung vom 27. November d. J. zu übersenden, in dem die Lage der deutschen Minderheit in der Wojewodschaft Schlesien (Polen) mitgeteilt wird.

über die Wirkung der Note

wurde der „Woz. J.“ aus Genf telegraphisch gemeldet: „Die Note hat mit ihren zahlreichen Einzelheiten über das geradezu revolutionäre Vorgehen des polnischen Insurgentenbundes und des Weltmarkenvereins einen großen Eindruck gemacht. Während die amtlichen Kreise des Völkerbundes natürlich mit ihrem Urteil zurückhaltend, ist die Empörung in den Kreisen der zahlreichen bürgerlichen Pressevertreter und auch innerhalb vieler Delegationen der Abrüstungskommission allgemein. Auch Polens Freunde sind der Ansicht, daß die Forderung derartiger Praktiken Polen alle Sympathien in der öffentlichen Meinung der gelittenen Welt verlieren müßte.“

Eine verlogene amtliche polnische Darstellung.

In welchem Sinne das Ausland beeinflusst wird, zeigt folgende Darstellung der oberösterreichischen Ereignisse, die der Innenminister Skladkowski der Polnischen Telegraphen-Agentur zur Verbreitung geschickt hat. Die Behörden haben Ruhe und Stillschweigen... geschwiegen! (1) Die Ruhe wurde nicht in einigen Ortschäften wegen allzu lebhafter Wahlagitierung geführt. Am erheblichsten ist der ruhige Wahlerlauf durch herausfordernde Auftreten des schon seit einer Reihe von Jahren durch seine Heftigkeit (2) bekannten Hartfänger (Marcer in Gollaschowitz) geführt worden, auf Grund dessen durch einen deutschen Stützpunkt (3) der Polizeikommissioner Schnopka im Gespräch, da er seiner Dienstpflicht nachkommen (4), erzwungen wurde. (5) Diese amtliche Darstellung den Tatsachen entspricht, beweist allein die Äußerung der Witze des Schnopka, die zu dem Kodeschall ihres Mannes erklärte: „Schimpft nicht auf die Deutschen, schimpft nicht auf den Doktor. Schuld sind die, die diese Aufständischen hierher geschickt haben.“ Hierdies sind noch drei polnische Bürger deut-

ihrer Rationalität geschloßen und einige Wohnungen in Hohenbrücken zerstört worden. Endlich ist der polnische Arbeiter Stelmach in Zaudorf getötet worden. (Aber nicht von Deutschen, sondern von polnischen Kommunisten). Entgegen den tendenzios (?) verbreiteten Nachrichten hat keine deutsche Regierung das Leben verloren. (Der in behelflicher Weise von Aufständischen mißbrauchte Vertrauensmann der Deutschen Wohlgemeinschaft in Hohenbrücken, Zengebauer, ist seinen schweren Verletzungen erlegen; die Vorstellung des Ministers Skobkewski widerpricht also auch hierin den Tatsachen!) Auch kam es, so heißt es in Skobkewskis Mitteilung weiter, mit Ausnahme der obengenannten Fälle zu keinen weiteren Zwischenfällen zwischen den Parteien. (Die zahllosen Gewalttaten der letzten Wochen und die mehreren zehntausend Fälle der Wahlrechtsverbarung sind anscheinend nicht richtig genug, um einen polnischen Minister zu interessieren!) ... Bei dieser Gelegenheit (sagt Skobkewski zum Schluß) kann die Feststellung nicht umgangen werden, daß die Aufgabe der Behörden durch einen eintausendfachen Selbstzug gewisser Organe der Auslandspresse planmäßig erschwert wird, die es sich angeblich zum Ziel gesetzt haben, zwischen Deutschland und Polen Fäulnis zu betten und legt die allerersten (1) Zwischenfälle zum Schaden des friedlichen Zusammenlebens der dortigen (oberösterreichischen) Bevölkerung ins Ungeheuerliche vor. Gleichzeitig kann man nicht umhin, die Unvergleichlichkeit auf die Kampagne zu lenken, daß die polnische Bevölkerung seit einer gewissen Zeit agitiert ist durch die rumänische Kommando gewisser deutscher Sektoren sowie durch die Nachrichten über das Schicksal der polnischen Bevölkerung jenseits der Grenze, wo letztere überflutet von Stochtrupps auf die polnische Bevölkerung und Zerstörung von Schulen und Wohnungen stattgefunden haben. (Das, der Skobkewski, find in Wirklichkeit die Fälle, in denen geringfügige Rückschläge zu einer ungeheuerlichen Hege aufgebaut worden sind.)

Mit dieser Verberbung der Tatsachen, die schließlich dazu führt, daß die deutsche Minderheit des Terrors gegen den polnischen Staat behalfig wird, begnügt sich Polen noch nicht. Der polnische Vertreter in der Schlesischen Kommission für Oberösterreich hat gegen den stellvertretenden deutschen Konful in Rattowitz, Jigen, Beschwerde erhoben, weil dieser sich über die Ausbreitungen in Hohenbrücken an Ort und Stelle eingehend unterrichtet hat. Der polnische Protest geht von der Auffassung aus, daß der deutsche Reichsvertreter kein Recht habe, sich für das Schicksal der deutschen Minderheit zu interessieren. (Ungleichbar halten es die Deutschen selbstverständlich, daß ihr Gegenüber in Preußen, Mählen, an allen Vorgängen innerhalb der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberösterreich ein auffälliges Interesse bekundet und sich ungeachtet seiner amtlichen Stellung zum Sprecher des Polenbundes macht.) Das ist noch nicht alles: Auch der Geschäftsführer des Schlesischen Landesverbandes des Polenbundes, St. Syzyrak, den die ganze Angelegenheit überhaupt nichts angeht, fand sich beim Präsidenten des polnischen Konsulats in Glatz, um mit seinen Klagen über die angebliche Verfolgung der polnischen Minderheit in Deutschland den schlechten Eindruck zu vermitteln, den die Vorfälle in Hohenbrücken, Solossowitz, Wolschitz usw. auf den Präsidenten gemacht haben. Wie die polnische Presse mitteilt, hat Syzyrak im Gefolge der Unterbrechung „auf die bekannten Überfälle der nationalpolnischen Stochtrupps in Wlokalen, Olenekowice usw. hingewiesen und hervorgehoben, daß bei der gegenwärtigen politischen Konstellation in Deutschland die Warnnachrichten der deutschen Presse im Oppeller Schießen (1) eine Warnung hervorgerufen.“ Dieser Schritt des Polenbundesleiters hat gewiß ganz im Sinne der Reichsregierung gelegen. Er deutet, ebenso wie die Verurteilung des Deutschen Polenkonsuls Mählen, zum Berichtserstattung nach Warschau, darauf hin, daß die polnische Seite beabsichtigt, der deutschen Klage in Streß eine Gegenklage betreffend die Minderheitenverhältnisse in Deutschland entgegenzusetzen.

Um die alleinige Verantwortlichkeit der amtlichen polnischen Stellen für die Tatumts und Ausschreitungen zu bewiesen, genügt es, auf eine einzige Tatsache hinzuweisen: Der höchste Beamte der Provinz, der Wojewode Groganski, ist Ehrenvorsitzender des Aufständischenverbandes, also der Organisation, die die Terrorakte durchgeführt hat. Die Aufständischen brauchten kein Einverständnis der Behörden zu fürchten. Die Polizei sah ihrem Erbeien keinen Grund, sich nicht an öffentlichen Aufforderungen zum amtlichen Seins zu Gemächten gegen die deutsche Minderheit gefügt. Die „Rattowitzer Zeitung“ hat unter der Überschrift „Die Aufständischenzentrale Waldk in Sobrau“ bemerkenswerte Einzelheiten über die Organisation des Terrors veröffentlicht. Die Aufständischenzentrale in Sobrau und Umgebung befindet sich beim Apotheker Waldk in Sobrau; hier befinden sich die Aufständischen ein und aus; von ihm erheben sich ihre Aufträge und Befehle; sie wurden während der Zeit der „Möbiemachung“, d. h. vom 9. bis 23. November, mit 25 1000 täglich entlohnt. Am 21. November, am Vortage des blutigen Vorfalles der Aufständischen auf Solossowitz, wurde das Vorgehen gegen die Deutschen beschlossen. Dabei forderte der Bandenführer, wie ein Teilnehmer an der Besprechung berichtet hat, die Verammelten auf: „Wollt ihr leben, so laßt euch töten, weil die deutschen Ratten taus fortzuführen nach Berlin. Denn der Jungen seht, die Deutschen Stimmzettel verteilen,

dann ...!“ Der Erfolg dieser Aufhebung ist dann am nächsten Tage die Riederknüpfung von zwei verdächtigsten Bürgern in Sobrau gewesen. Die Bande hat unter Führung des Bahnhofsarbeiters von Sobrau, Smordz, gefangen, der vor einigen Wochen auf einer Straße einen friedlichen Bürger erschossen hat, ohne daß bisher eine Gerichtsverhandlung gegen ihn stattgefunden hätte. Smordz ist es auch gewesen, der die Aufständischenbande im Valcauto nach Solossowitz gebracht und damit den Anstoß zu den blutigen Zwischenfällen gegeben hat.

Ein Aufruf des Aufständischenverbandes.

Die Aufständischen fühlen sich trotz der gemeinsten Gewalttaten, die sie in den letzten Wochen verübt hatten, unter dem Schutz ihres beabsichtigten Terrorvorschlusses Groganski so sicher vor dem Zugriff der Gerichte, daß sie sich offen ihres barbarischen Vorgehens rühmen. Der Bestand des Aufständischenverbandes ist in Oberösterreich nun auf 400 Mitglieder in über 400 Ortsgruppen gewachsen, hat einen Aufruf veröffentlicht, in dem er zunächst seine Anerkennung für die geleistete „Aufklärungsarbeit“ ausspricht und dann zu neuen Gewalttaten auftritt: „Die vergangenen Wahlen endeten mit einer Schimpflichkeit (1) Niederlage des Deutschums und haben vor der ganzen Welt die unheimlichen Rechte des Polentums an der schlesischen Erde erwiesen. (2) Zu dieser Niederlage hat Europa klärende Arbeit nie beigetragen. Die Aufständischen der Aufständischen sind aber noch nicht beendet. ... Unsere Aufklärungsarbeit, die gegen die illegale Minderbeit gerichtet ist, wird weiter bis zum völligen Erfolg andauern. Wir werden rücksichtslos die destruktive Arbeit der Aufständischen Verles bekämpfen, deren Arbeit auf die Zerstörung Oberösterreichs hinaus gerichtet ist. Die Wahlen haben auch den Reichsentscheidungen, die Erörterung, die das Amt erteilt. (3) Mäße die Welt wissen, daß von einer Grenzrevision keine Rede sein kann. (4) Im Weltkrieg wird sich noch immer eine starke Aufständischen-Saht finden, die den Handel mit der polnischen (5) Erde unterbinden wird.“

40 Deutsche unter der Folter.

Nach den Vorfällen in Solossowitz, wo es bekanntlich zwischen polnischen Aufständischen und den überfallenen deutschen Ortsbewohnern zu einem blutigen Kampf kam, wurden etwa 40 Personen verhaftet, die man mit dem Code des Polizeibeamten Schmapka in die Mauer der Unterstadt brachte. Die 40 Personen wurden in Koblenz in das Gefängnis des Polizeibeamten Schmapka in Koblenz untergebracht, wo sie unter dauernder Verwahrung gehalten wurden. Die inwischen aus der Haft wieder Entlassenen berichten, daß sie während der Zeit ihrer Unterbringung in diesem Keller wohrte Folterqualen hätten ausstehen müssen. Alle mußten die größte Zeit über leben. Sie buchten sich auch nicht an die Mauer der Unterstadt, sondern wurden in die Mauer der Unterstadt, wurden sie sofort von der Wand angeschrien. Diejenigen, die wegen der Tötung des Polizeibeamten in unmittelbarem Verdacht hatte, mußten auf den Boden knien und haben dabei schreckliche Qualen ausgestanden. Die Verhafteten blieben auch lange Zeit ohne jede Nahrung, bis schließlich ihren Angehörigen gestattet wurde, ihnen Lebensmittel zukommen zu lassen.

über die deutschen Lebensverluste in Polen

behaupet der „Kurjer Poyanski“: „Die Deutschen haben im Vergleich zu den Wahlen im Jahre 1928 im Polener Gebiet über 13 o. h. und in Pommerellen etwa 20 o. h. verloren.“ Den Verlust des deutschen Mandats in Pommerellen begründet das Blatt mit großer Zuversicht, die Nationaldemokraten seien deshalb über anklumt, daß es in Polen und Oberösterreich leider nicht möglich gewesen wäre, den Deutschen ihre Mandate zu entreißen.“

Der „Dziennik Poyanski“ und der „Kurjer Poyanski“ streiten sich darüber, wer die Schuld trägt, daß die Deutschen im Polener Gebiet ihren Mandat erlangen konnten. Der „Dziennik“ hat in einem Ertraktat behauptet, die Nationaldemokraten seien schuld, weil sie die einheitliche politische Front in dem Weltgebiet zerlegt hätten. Der „Kurjer“ nennt das „eine bewusste Fälschung“. Er schreibt: „Der Wahllooslof betrug nämlich 74 000, und die Deutschen haben über 80 000 Stimmen erringt. Selbst wenn also alle polnischen Stimmen auf eine Liste gefallen wären, hätten die Deutschen ihr Mandat erringt.“

Deutsch-polnischer Vertrag.

Am 21. November wurde im Reichsverkehrsministerium ein Vertrag zwischen Deutschland und Polen, auch im Namen Danzigs, über Erleichterungen des internationalen Eisenbahnverkehrs zwischen Ostpreußen sowie dem übrigen Ostpreußen und dritten Staaten durch Polen und das Gebiet der Reichsgebiete unterzeichnet. Der Vertrag tritt nach Ratifikation in Kraft. Es handelt sich lediglich um eine Reorganisation verkehrstechnischer Maßnahmen im Transitzverkehr. Das Abkommen bringt lediglich im Transitzverkehr gewisse Erleichterungen. Politischen Charakter hat das Abkommen nicht. Es hat deshalb auch nichts mit Grenzfragen zu tun und noch weniger mit den noch immer unerlösten Fragen des Wiederanschlusses der von Polen abgeschnittenen Grenzgebieten.

Um die Grenze.

„Frankreichs Grenzen an der Weichsel?“

Unter dieser Überschrift veröffentlicht Staatssekretär v. D. Treibner von Warschau ein „Memorandum“ über die Stellung zu den Offizieren, in dem er den Gedanken vertieft, was er schon seit Wochen in der deutschen und in der ausländischen Öffentlichkeit tut —, daß neben Sinanzreform und Abrüstung jetzt vor allem die Offiziere durch das grundsätzliche Aufwerfen des deutsch-polnischen Problems als internationale Aktion zur Geltung gebracht werden müssen. Der Verfasser betont offen, daß er früher für eine Verhängung „Polen gegen die Welt“, nunmehr aber ähnlich deutlich die Befähigung vertritt, daß dieser Verfall im Prinzip gescheitert ist und durch andere Methoden der Politik ersetzt werden muß. Ein solcher Schritt müßte natürlich wohl überlegt und vorbereitet sein, aber andererseits gehe es so wie bisher nicht weiter. Der Verfasser fährt fort:

„Ich werte hiermit öffentlich die Frage auf, ob die Hauptträger außenpolitischer Zukunftsbestrebungen, die großen Parteien und Organisationen nicht den Augenblick für gekommen halten, neben berechtigten Wünschen auf Einleitung einer neuen internationalen Regelung der deutschen Kriegsschuldabklärung und neuen notwendiger weiterer Bekämpfung der Verfall-Kriegsschuldfrage die Offiziere in den Vordergrund und in das hellste Licht des politischen Tages zu stellen. Eine solche Zusammenfassung des deutschen Problems wäre praktisches Handeln und national im besten Sinne des Wortes. Sie betrifft deutsches Leben, wo es am gefährlichsten ist und verheißt deutsche Zukunft, wo sie an erster Stelle gesucht werden muß. Sie schließt andere deutsche Streits- und Gleichberechtigungsforderungen gleich nicht aus. . . . Frankreichs Grenzen liegen ganz sicher wieder an der Weichsel, nicht am Rhein. Erst die Revision der Ohrenreue Deutschlands würde in Ergänzung zu Voreine der Brandmauer eines nördlichen Friedens zwischen Deutschland und Frankreich und damit Europas aufrichten. Es ist absolut unannehmlich, daß eine Grenzrevision im Osten Krieg, Revolution oder Instabilität der europäischen Staats- und Wirtschaftsordnung bedeuten würde. Es löst sich eine Regelung denken, die auch im wohlverstandenen Interesse Deutschlands liegt. . . . Polen ist in der Welt als „Rechtsstaat“ im Sinne derer, die es im „Raubde des Sieges zum Instrument außerpolitischer Politik gemacht haben. Die Zeiten haben sich geändert. Neue Aufgaben der Organisation des europäischen Friedens erfordern neue Entschlüsse. Es liegt der schillige Beweis vor, daß Deutschland mit dem Polen von heute niemals in ein erträgliches Nachbarverhältnis kommen wird. . . . Die Revision der Weichsel wird uns daher hindern, in dieser Grundfrage deutscher Zukunft eine Revision des Verfallers Friedens zu erreichen. Um sie müssen wir mit allen Mitteln und Methoden kämpfen, die uns zur Verfügung stehen, sonst stirbt der deutsche Osten — und Deutschland selbst verkümmert. Die Methode des Unmerklichen wie die „Neue Züricher Zeitung“ die letzte Rede des deutschen Außenministers nennt, genügt nur als erstes Signal der Neuorientierung der deutschen Außenpolitik. Wir brauchen und fordern nach einem sichtbaren Wegweiser nach innen und außen. Und überdies: Polen selbst hat ihn geradezu herausgefordert!“

Wir können nur wünschen, daß dieser Appell an die Öffentlichkeit in Deutschland wie im Auslande die gebührende Beachtung findet.

Ein phantastischer Austauschplan.

Dem Warschauer „Kurier Czerwony“ zufolge hat der Handelsminister Witkowski am 27. November gelegentlich einer Konferenz über Vommereilen den Einzelnen einen phantastischen Plan eines „ausländischen Diplomatens“ über die Lösung der Korridorfrage entwickelt. Dieser Diplomat sei von der Annahme ausgegangen, daß ein Krieg wegen Vommereilen bei der angestreblichen Lage der Dinge unvermeidlich wäre und, da der Krieg in den jetzigen Zeiten Millionen von Kassen und von Millionen an Geld koste, so müsse man andere Wege finden, um die Vommereilen zu vermeiden. Dieses Geld soll nach Meinung des Zeichners zu verwenden werden, daß Deutschland von der polnischen Westgrenze ostwärts und Polen von seiner Nordgrenze nordwärts Grund und Boden samt allen Gebäuden nach einem gemeinsamen Vertrag allmählich und schrittweise aufzukaufen und die Bewohner der beiden Gebiete so nach Wunsch in ein Bedürfnis auszuwechseln hätten. So würde Polen in der Zeit über Ohrenreue bis zur Orlie vorbringen und Deutschland würde den Korridor und noch andere Gebiete, die sich östlich an ihn angeschlossen, in diesem gegenseitigen Austausch erhalten. Auf diese Weise wäre nach Meinung dieses angeblichen Diplomaten die Korridorfrage aus der Welt zu schaffen. — Der Phantast ist keine Schranken gefest.

„Alles Land bis zur Spree muß polnisch werden!“

Daß die Polen alles Land bis zur Oder für Polen reklamieren, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Doch aber auch nicht nur polnische Reklamationen, sondern auch Polen in bedauerlicher Stellung weitergehende Forderungen stellen, indem sie am liebsten alles Land bis zur

Elbe Polen einverleibt haben möchten, ist weniger bekannt, aber ebenfalls Tatsache. Nachstehend ein neuer Beweis dafür: Der Obersteintant und Chef der Fortifikations-Abteilung im polnischen Kriegsministerium in Warschau, S. Baginski, hat ein Buch geschrieben: „Polens Zugang zum Meere.“ Darin erklärt er

alles Land bis zur Spree als polnische Erde,

fordert die „Zurückgewinnung“ von Ostpreußen, Danzig und allem Land ostwärts der Oder und schreibt ferner: „So lange wird nicht Frieden in Europa herrschen, bis nicht die polnischen Länder vollkommen an Polen zurückgegeben sein werden, solange nicht der Raum zwischen der Weichsel und der Oder Europas getilgt sein wird, solange nicht die Deutschen ihre Hauptstadt Berlin aufgegeben und ihre Reichshauptstadt weiter nach Westen verlegen.“

So zu lesen im 8. Kapitel des genannten Buches. Solcher Randaub darf in Polen also offen von beamteten Personen geäußert werden. Eine Deutung aber will man es in Polen verargen, wenn man das aus durch einen Maßstabsgrasche Rand zurückfordert! Gegenüber der unersättlichen Raubgier Polens und seinem Großmachtsbünkel, der Deutschland zerkernt und zur Ohnmacht verurteilt sehen will, muß das ganze deutsche Volk einmütig sich zur Abwehr rufen!

„An die Ober!“

Eine besonders in die Augen fallende Erscheinung der polnischen Propaganda für den Kampf gegen Deutschland kann man in letzter Zeit auf den aus Polen kommenden Briefen bemerken. Viele tragen neben dem polnischen Namen auch den Aufdruck „Kein Polen ohne Meer; dann wir Kriegsschiffe.“ Im Offizierskorps eines an der deutschen Grenze stehenden polnischen Kavallerieregiments ist es Sitte, daß im Kasino bei Essen oder sonstigen Anlässen der jeweils älteste Offizier kurz nach Eröffnung der Kasse sich erhebt mit dem Ruf: „An die Oder!“ Der Ruf wird von allen anderen Tischteilnehmern mit Gegenruf bekräftigt. Diese schöne Sitte der „Bordabingung“ zwischen Deutschland und Polen soll auch in anderen Offizierskörpers des Polens üblich sein.

Saleski über den Korridor.

Außenminister Saleski als einer Vertreter des „Petit Parisien“ ein längerer Erklärung ab, in der er nicht allein mit der Frage des Korridors befaßte. Saleski führte einleitend aus, daß das Gebiet, das Polen den freien Zugang zum Meere verschaffe, die Mindestbedingung der Existenzmöglichkeit Polens bedeute. Man dürfe nicht vergessen, daß der Korridor Polen sämtliche Weltmärkte öffne, während ein deutscher Korridor lediglich dem Reich den Markt einer Provinz erschließe. (Polen habe den größten Wunsch, auch Verbindungen zu seinen westlichen Nachbarn zu unterhalten und es sei jetzt, in einem vorübergehenden (1) Schritt Zusammenarbeit sämtliche technische Hilfsmittel aufmerksam zu prüfen, die die Lage Opreuens besser könnten.)

Über den Revisionsgedanken in Deutschland befragt, antwortete Saleski nur sehr ausweichend und erklärte, daß er nicht glaube, daß die Revisionsbestrebungen, die außerdem noch nicht amtlich zum Ausdruck gekommen seien, sich gegen eine bestimmte Grenze mehr als gegen eine andere richteten. Polen und Frankreich hätten ein Interesse daran, daß die Grenze so bleibt, wie sie durch den Verfaller Vertrag festgelegt worden sei. Bezüglich der verschiedenen anderen Klaufien des Verfaller Vertrages, insbesondere derjenigen, die Deutschland das Recht zu einer starken Rüstung geben würden, betonte Saleski, daß ein starkes Heer Deutschlands bei der Verlangung seines Revisionspolitisch sehr unvorteilhaft sein würde, daß die deutsche Diplomatie jedoch nun mindestens moralisch auf eine Macht zählen könne.

Die Deutsche Volkspartei zu den Offizieren.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei nahm am 1. Dezember einstimmig eine Entschließung an. Darin werden u. a. die Schritte der Reichsregierung begrüßt, die den Schluß der deutsch-polnischen Verhandlung in Oktober schließen gegen polnische Willkür sicherstellen soll. Die Forderung nach Revision der deutschen Offiziersgrenze wird erneuert mit der Begründung, daß nur dadurch die alte deutsche Kultur in der Ostmark gerettet, ihren Erbgängen die Möglichkeit zu fröhlicher Arbeit gegeben und der Zusammenhang mit Opreuen wiederhergestellt werden könne.

Revision und Wahlergebnis.

Der Ausfall der polnischen Wahlen — oder vielmehr das für die Deutschen so ungemein nachteilige Ergebnis der Mandatsverteilung — hat die polnische Presse erklärungsbedürftig zu der Beobachtung veranlaßt, daß die Bevölkerungen der ehemals preussischen Gebiete durch die Abtönung der deutschen Kandidaten gegen die deutsche Revisionsforderung einseitig und klar Stellung genommen habe. In Thorn und anderen Orten sind Dankgottesdienste anläßlich dieses „Sieges“ über die Deutschen abgehalten worden. Man verläßt es jetzt so biszufallen, als ob die Wahl ganz unter dem Gedanken „Kampf der Revision!“ gestanden hätte. Die Wirklichkeit ist in Wirklichkeit eine politische Bewegung gegen die europäische Revisionsausrede vor sich gegangen. Sie ist vielmehr ein Machtkampf zwischen Pilsudski und seinen polnischen

innerpolitischen Widerstrebungen, dem Zentrallinksbund und den Nationaldemokraten, gewesen. Die Frage der Dinge hat allerdings wohl geführt, daß sich dieser Machtkampf in den Westgebielen in erster Linie auf dem Rücken der deutschen Minderheit abspielte, hat, da Nationaldemokraten und Sozialisten sich in der Majorität ihrer Bezie und in der Brutalität ihrer Maßnahmen gegen die Deutschen aus propagandistischen Gründen den Rang streitig zu machen suchten. Durch diese Realität erst ist auch der Revisionsgedanke hier und da in den Wahlkampf, mit dem er an sich gar nichts zu tun hatte, hineingetragen worden. Die Wahlen können jedenfalls in keiner Weise als Beweis für eine durchgreifende, auf der Parteibasis beruhende und Bevölkerungsmehrheit in den abgetretenen Gebieten angelegte werden. Die Frage: Deutschland oder Polen? wurde hier gar nicht gestellt. Wird sie aber einmal mit voller Klarheit der Bevölkerung in Ostoberschlesien, Pommern und Polen vorgelegt, dann wird sie — daran zweifeln wir nicht — von dieser in einer Weise beantwortet werden, daß den Heppstößen von der „Gazeta Wyborcza“, vom „Kurjer Warszawski“ usw. die Augen übergeben werden.

Schuldenrevision gefordert.

Der Präsident der britischen Bankiervereinsung, Goodenough, äußerte sich auf einer Veranstaltung in der Guildhall über die internationalisierte Schuldenfrage. Obwohl die Weltmarktpreise fast allen Geschäften erheblich gefallen seien, ließen sich neue Schulden gemacht werden, die man keineswegs als nutzbringend ansehen könne. Die Rückzahlung der Schulden werde durch das Fallen der Preise erheblich erschwert. Die Kriegsschulden seien nicht etwa vollständig getilgt worden, daß sie sich dem Fallen der Preise anpassen, sondern in einer ganz bestimmten Höhe. Jetzt sei die Zeit gekommen, mochte die Handelsmitten sich auf die Frage einstellen, wie man ausbilden sollte, um die Frage der Kriegsschulden zu erörtern. Zum mindesten müßten die Schulden den Weltmarktpreisen angepaßt werden, wenn man sie schon nicht ganz tilgen wollte. (Was von den internationalisierten Schulden gilt, gilt auch recht von den deutschen Erbschulden. D. Schrift.)

Die skandalöse Massenverhöhnung der Polen in Deutschland

wird seitens der polnischen Presse und Vereine munter fortgesetzt, ohne daß von dem Reich so irgend etwas anderes, als nur eine längere geforderte Eingriffe der Justizbehörden etwas zu merken wäre. Die zuständigen politischen Beamten in den Grenzmark Polen-Westpreußen, in der Stuhmer Gegend und in Pommern haben insofern eingegriffen, als sie gar zu handbüchliche polnische Lügen durch Verhaftungen niedriger und durch Untersuchungen falsche Darstellungen aufgeklärt haben. Die polnischen Blätter haben sich zwar solchen Aufstellungen zu erheben, wagen es aber doch nicht, die von den Kandidaten und Regierungspräsidenten getroffenen Feststellungen ganz zu unterschlagen, haben sie vielmehr durch neue falsche Behauptungen und Streifungen wirkungslos zu machen. Damit können sie aber nur Dummie reinlegen.

Die Empörung über das freche und verlogene Erheben der polnischen Blätter und über ihre maßlose bewußt-falsche Hetzerei wird in den Kreisen des Deutschlands immer größer und allgemeiner. Wir hoffen, daß man in Zukunft nicht so leicht in die Falle der Lüge fallen wird, bald nachdrückliche Stellung nimmt und dadurch der Reichs- und Staatsregierung Gelegenheit gibt, sich auch ihrerseits mit allem Nachdruck gegen das gemeingefährliche und zum Teil geradezu hochverräterische Erheben der in Deutschland erscheinenden Zeitungen zu wenden. Zu wünschen ist, daß sich daran auch der Außenminister beteiligt und daß er sich gegen das Verhalten anstellt, die Interessen des Staates und der Volkseinigkeit gegenüber diesen Erheben auch ihrerseits mit Nachdruck wahrzunehmen.

Neue polnische Lügen über Slatom.

Der „Dziennik Berlinski“ hatte kürzlich die Fügungsmacht verbreitet, daß Slatom eine deutsche Schule mit 27 und eine polnische Schule mit 33 Kindern habe. (Vergleiche den Artikel „Wie gelogen wird“ in Nr. 46 des „Hilfsblattes“ S. 376.) Der Oberpräsident der Provinz Grenzmark Polen-Westpreußen verlangte darauf eine Verichtigung, die auch von dem polnischen Blatt veröffentlicht wurde. In diese Verichtigung knüpft es aber einen Kommentar, in der von einem „bedeutungslosen Druckfehler“ die Rede ist und der im übrigen den Gipfel lügenhafter Entstellung bedeutet. In ihm heißt es nämlich wörtlich: „Das Deutschland in Slatom macht in der Tat bedeutende Fortschritte, wenn sogar schon der letzte Volkszählung von 5516 Slatomern lebend, was die Zeit eintreten wird, daß auch die Slatom mehr Kinder die polnische als die deutsche Schule besuchen werden, denn bekanntlich (II) spricht die ausgesprochene Mehrheit der Einwohner Slatoms Polnisch oder ist polnischer Herkunft.“ — Dieser neue Schwindel wird zurückgeführt in einer neuen Verichtigung des Oberpräsidenten in Schneidemühl, aus der zu erhellen ist, daß bei der letzten Volkszählung von 5516 Slatomern nur 345 Personen, das sind 6,25 p. h., Polnisch als Muttersprache angegeben haben. Von 4065 Wahlberechtigten der Stadt Slatom haben nur 400 bei der letzten Reichstagswahl für die polnische Liste gestimmt, also nicht einmal 10 p. h. Erheben möchten die polnischen Zeitungen Slatom als eine polnische Stadt hinstellen!

Hochverrat des Polenbundes.

Daß Polens Politik auf eine Einverleibung Ostpreußens in den polnischen Staat abzielt, darüber die äußerlichste und einflussreichere Persönlichkeiten Polens. Die Machthabenden Warschau werden durch den „Bund der Polen in Deutschland“ unterstützt, der mit dem polnischen Außenministerium in enger Fühlung steht und von dem seine politischen Anweisungen und finanziellen Hilfsmittel erhält. Daß diese Bevormundung nicht aus der Luft gegriffen ist, hat sich wieder einmal in einem Brief, den der Reichsminister des Innern, dem Schriftführer in Ostpreußen, hat. Der Brief des „Majorschen Bauernbank, Macht, hatte den polnischen Legation in Warschau verlegt. Der Angelegte liegen folgende Vorgänge zugrunde: Im Jahre 1928 legten sich, 14 Tage vor den Reichstagswahlen, die Gesellschaft „Bank Majurki“ in Ostpreußen und gleichzeitig die „Majurische Ver-

einigung“ vom „Bund der Polen in Deutschland“ los. Beide Organisationen begründeten ihren Anschluß damit, daß sie in Erfahrung gebracht hätten, daß das von dem „Majurki“ im Jahre 1925 zur Verfügung gestellte Kapital von der polnischen Staatsbank in Warschau stammt. Außerdem bestünden geheime Beziehungen einzelner Vorstände- und Aufsichtsratsmitglieder zum Polenbund. Infolge dessen sei Gefahr vorhanden, daß die Genossenschaft und die Vereinigung sich, wenn auch ungewollt und unbewußt, des Hochverrats schuldig machten. Eine reinliche Scheidung und eine scharfe Abgrenzung zum Polenbund war deshalb notwendig. Die „Bank Majurki“ wurde zur „Majurischen Bauernbank“ und in Verbindung mit der „Majurischen Vereinigung“ ging den Polen das Blatt „Majurki-Przegląd Pielgrzymi“ in Ostpreußen verloren, das nunmehr im deutschen Sinne geleitet wird.

Aus diesen Vorgängen entwickelten sich mehrere Prozesse, in deren Verlauf aber dem Polenbund nicht gelang, seine Position in Ostpreußen zurückzugewinnen. Der Bankleiter der Majurischen Bauernbank, R. Mach, war seinerzeit von dem in Ostpreußen anlassigen Sekretär der polnischen Jugendvereine, S. Hand, wegen Beleidigung verklagt worden; Mach hatte seinen Gegner hochverräterischer Verbrechen beschuldigt. Mach war freigesprochen und verurteilte daraufhin den Hand zum wesentlichen fälschlich Anschuldigung. Als Folge dieser Angelegenheit es sich bei dem letzten Prozeß. Es ist, daß Hand die polnische Seite vermittelte, die dem Urteil zugunsten des Hand, es wäre genügend Geld aus Warschau vorhanden, man brauche keine Bedenken haben, es anzunehmen, da Ostpreußen sowieso bald an Polen käme.

Schriftsteller Max Worgitzki als Sachverständiger erläuterte die enge Verbindung des Polenbundes, dem auch die polnischen Jugendvereine angehören, mit der Warschauer Propaganda. Das Gericht sprach Hand ab und ließ ihn aus formalen Gründen frei. Die Urteilsbegründung lautete dahin, daß Mach in Wahrnehmung deutscher Interessen und zur Bekämpfung des großpolnischen Werbens berechtigt war, dem Ausdruck Hochverrat zu gebrauchen. Im übrigen stellte das Gericht ausdrücklich fest, daß es den Beweis für voll erbracht habe, daß sowohl Hand als auch der Polenbund sich hochverräterischer Umtriebe schuldig gemacht hätten, denn ihr tätigkeit Ziel sei die Angliederung Ostpreußens an Polen.

Dieses Urteil läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Ein Gericht hat dem Polenbund sein staatsfeindliches, hochverräterisches Erheben befähigt. Der Oberste der Heimatstadt, Allenstein, hat auf Grund dieses Urteils bei der Staatsregierung die Ausweisung des Hand beantragt.

Schluß mit der Großhändler einer polnischen Minderheit!

Das Amtsgericht Breslau hat den Mut zu einer klaren Stellungnahme gegen die Organisationen des Polenbundes gefunden. Die Annahme des polnischen katholischen Schulerzins in Breslau zur Eintragung ins Vereinsregister wurde kostenpflichtig abgelehnt, da die Kosten; derartige polnische Verbindungen gegen den Bestand des preussischen Staates oder von Teilen desselben gerichtet ist, demnach gegen die guten Sitten verstößt. Durch derartige Urteile wird bewirkt, Teile des Staates als nationaler polnischer Bevölkerungsbewohnung einzuweisen zu lassen, um bei jeder Gelegenheit diese Teile als polnisches Gebiet in Anspruch zu nehmen. Der Prozeß in Ostpreußen und die Vorgänge in Nikolaiken beweisen, wie berechtigt eine solche Beurteilung ist.

Am ostmärkischen Herd

Unterhaltungsblatt zu der Wochenschrift „Ostland“

Herausgegeben von Emanuel Ginjchel und Dr. Franz Lüdike
Verlag Deutscher Ostbund e. V., Berlin-Charlottenburg

Nr. 25

1930

Berlin, den 5. Dezember

Der Herr der Scholle.*

Copyright by
Deutscher Ostbund, Berlin.
Nachdruck verboten.

(5. Fortsetzung.) Roman von der Zeit des letzten polnischen Aufstandes. Von Otto Woris.

Und warum die ganze Aufregung? Nur weil sich die dumme Pate, die Elisabeth nicht küssen lassen wollte? Augenblicklich schlief sie ja noch. Doch wenn sie herunter kam, wollte sie ihr den Kopf schon gehörig zurechtsetzen!

Neute kamen zur Mühle. Sie mußte hinunter, die Getreidelake annehmen und bahren. Ihr Mann war wohl noch nicht zurück. Das konnte ja schon werden, dachte sie, wenn der Kondrat und Herr von Radzinski erführen, daß er mit Lehmann an einer deutschen Versammlung gefahren sei. Was gingen ihm Proteste an! Mochte sich doch darum kümmern, mer dazu verpflichtet war.

Frau Pettelkau stellte ihrer Tochter das Frühstück zurecht und ging in die Küche. Die beiden Mägde hatten heute keinen guten Tag.

Inzwischen war Elisabeth erwacht und ließ die Erlebnisse der vergangenen Nacht an sich vorüberziehen. Sie sah den alten Grusko wie einen Recken der Vorzeit in der Schwärze stehen. Im Morgengrauen hatte sein Wagen sie nach Hause gebracht.

Dann erteten ihre Gedanken wieder in den Tanzsaal, und sie sah die schlauke, bieglame Gestalt des Gelerbten. So wie er konnte niemand lachen und tanzen. Schmerzhaft fühlte sie, daß sie ihn noch immer mit all der Leidenschaft einer unverbundenen Mädchenliebe liebte. Sie sehnte ihn herbei, er sollte sagen, daß er im Kaufsch, ohne jede Überlegung gehandelt habe, und sie sollte ihm verzeihen. Was konnte er für ein wildes Temperament?

Elisabeth legte ihre Arme unter den Kopf und sah aus den großen dunkelgrauen Augen träumend zur Decke auf. Das war ja alles so wiederlich, am liebsten wäre sie gar nicht aufgewacht. Sie fürchtete die unermesslichen Auseinandersetzungen. Sagte sie der Mutter die ganze Wahrheit, so durfte sie niemals mit ihrem Liebsten allein sein. Augen aber mochte sie auch nicht.

Ob sie dem Vater alles sagen konnte? Wieder fiel ihr Grusko ein. „Armes Vögelchen, hast dich verlogen“, hatte er gesagt und sie nicht weiter mit Fragen belästigt. Und doch schien es ihr, als müßte er alles. Der würde sie gewiß verteidigen, vielleicht auch einen guten Rat geben können. Aber durfte sie zu ihm gehen —, zu dem Vater des verlassenen Karl?

Auf der Straße rollte ein Wagen. Sie erkannte am Klappern, daß es ein sogenannter Kutschwagen war. Schnell lauschte sie ans Fenster. Bei Gott, Radzinski! Was wollte der hier?

Auch Frau Pettelkau hatte das Geklapper des Gefährtes gehört. Sie vermutete, daß ihr Mann heimgekehrt sei, und war darum desto mehr überrascht, den Edelman zu sehen. Ein Diener stieg bereits die Treppe empor. Sie öffnete selbst, und der Betreffte nahm eine fromme Haltung an: „Herr v. Radzinski liebe fragen, ob es gestattet sei, sich nach dem Befinden des gnädigen Fräulein zu erkundigen.“

Eilrig, sagte die Frau zu. Ein Mädchen konnte wie befehlen die Treppe hinauf, um Elisabeth zu wecken.

„Allen nun hingutgetretenen Besiegler wird an Wunsch der Anfang dieses Romans, jenseit der Verrat reicht, bei Abholung kostenlos nachgeliefert, nach auswärts mit der Post gegen Einlösung von 10 Pf. zugestellt.“

Beid darauf fand der Pate im Zimmer. Aus dem Entgegenkommen der Mutter erahnte er, daß Elisabeth nicht davon gesprochen hatte, was zwischen ihnen vorgefallen war. Sie hatte nun ein Geheimnis mit ihm. Daraus schloß er, daß er sein Spiel noch nicht ganz verloren habe. Er mußte aber auch, messen Wogen sie heimgebracht hatte, denn seine Späher waren überall.

Da sie aber nicht bemerkt hatte, von wo der Wagen sie hergeholt, nahm Radzinski an, daß sie wärd mit dem alten Grusko den Saal verlassen hätte. Er konnte ihr früheres Verhältnis zu Karl, und so trieb ihn nicht zuletzt Eifersucht in das Haus des Mühlenbesizers. Er fühlte sich gedemütigt, daß er das Haus des Mannes betreten mußte, den er verachtet hatte, zur Jagd einzuladen. Dafür sollte die Frau nun büßen.

Sie lud ihn zu einem kleinen Anbiss ein, den er hochmütig ablehnte. Auch als sie ihm ein Gläschen Wein vorlegte, blieb Herr v. Radzinski unnachbar. Erst als sie von Elisabeth sprach, wurde er freundlicher.

„Sie haben mich in Verlegenheit gebracht“, begann er. „Es wurde auf dem Fest recht ungemütlich, nachdem das gnädige Fräulein verschwunden war. Hätte sich meine Schwester nicht noch so viel Mühe um den Abend gegeben, dann wäre alles auseinandergefallen. Es ist sonst nicht meine Art, feiell Rücklicht zu nehmen. Entweder das eine oder das andere. Nun, Sie müssen ja Bescheid, gnädige Frau, wie die Sachen stehen. Auch ein paar Monate, und dies alles hier ist polnisches Land. Ihre Tochter hat es in der Hand, Ihnen das Mühlengrundstück zu retten.“

„Es ist doch aber unser Boden“, bemerkte Frau Pettelkau schüchtern. „Wir haben ihn gekauft.“ Da darf uns ihn doch niemand nehmen!“

Er lachte kurz auf: „Aber Sie, man wird die Deutschen im Lande belächeln! Oh, ich sage Ihnen, man wird schon Mittel und Wege finden, unbekannte Ausländer abzu-“

hohen. Bei der Gelegenheit möchte ich Ihnen Mann warnen, sich allzu weit mit Cohnmann und dem Lehmer einzulassen. Dieser Robrid ist ein ganz gefährlicher Kerl. Er wird wohl der erste sein, den man in Freiheit setzt.“

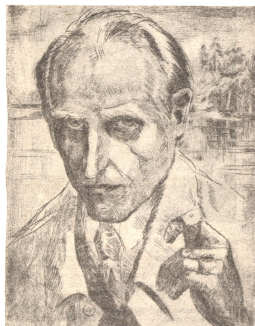
Die Frau verzuckte. Daß jemand nur wegen seiner waterländischen Gesinnung in Haft gesteckt werden sollte, erschien ihr ungewöhnlich: „Er hat aber doch nichts verbrochen“, sagte sie.

„Er geüben bereits zum polnischen Reich. Wenn dieser Lehmer gegen Polen kämpft und hier wohnt, dann ist er eben ein Verräter.“

„Auch Morgen, Herr v. Radzinski!“ unterbrach Elisabeths tiefe, klangvolle Stimme die Unterhaltung. „Er sprang auf. Eine jähe Blässe, die schnell einer flammenden Rote Platz machte, bedeckte sein Gesicht. Gewissen ging er ihr entgegen und beugte sich galant über ihre Hand. „Dort bei Dank, daß ich das verlorene Schloßlein wiedererhebe“, sagte er gleichmüßig. „Es wäre auch gar zu seltsam, wenn es sich noch länger von dem alten Verführer hätte halten lassen.“

„Nun, nun“, merkte dann vernehmlich, daß man mit dem alten Grusko mitgegangen ist... Er weicht bei Ihnen wohl für seinen Sohn Karl?“

„Um Himmels willen“, rief die Mutter. „Das kommt gar nicht in Betracht.“



Otto Woris
Selbstbildnis des Verfassers unseres Romans.

„Haben Sie Lust, ein Consohl mitzumachen?“ fragte er unvermittelt. „Am Consohl der Salzbauhe steht ein Anschlag, daß Kose vom nächsten Sonnabend, also übermorgen, sämtliche Consohljungen zu einem Ball ladet.“

Elisbeth ging auf diese Aufbesserung nicht ein, sondern griff seinen Vortritt auf: „Wie kommen Sie zu der Vermutung, daß ich mit Grusko gegangen sein könnte? Er hat mich freilich mit seinem Wagen nach Hause bringen lassen.“

„Wie sollten Sie denn sonst gesteckt haben? Diesmal glaube ich Ihnen wirklich nicht.“

Elisbeth lächelte sich zurückgekehrt. „Da war es wieder, das Strebende, dieses polnische Mißtrauen. Noch nie hatte sie ihm einen Grund gegeben, an ihrer Ehrlichkeit zu zweifeln.“

„Das überläßt ich Ihnen“, sagte sie kalt.

„Aber Elisabeth“, mahnte die Mutter, „Herr v. Radzinski hat doch ein gewisses Recht zu erfahren, wie es ihr gegangen ist.“

„Streiten Sie sich doch nicht an, veredelteres Bräutlein. Der alte Schleichler hat mir schon manchen Streich gespielt. Nun aber dahintergekommen sind, daß er sich mit beiden Parteien Späßenlaß ist seine Rolle aus. Ich wundere mich, daß die Deutschen noch nicht dahintergekommen sind, daß er sich mit beiden Parteien Späße erlaubt. Er ist der geborene Intrigant.“

„Ich verstehe nicht, was Sie von dem Alten wollen?“ fragte Elisabeth mit ehrlichem Staunen.

Radzinski lachte trocken auf: „Er hegt Polen und Deutsche zusammen, um sein Schicksal ins Trockene zu bringen.“

„Nelson!“ rief Elisabeth, die sich vergebte. „Du sagst die Wahrheit! Ich kenne den Alten nur ganz kurze Zeit, aber für seine Reichthumsliebe möchte ich die Hand ins Feuer legen.“

„Da trat Radzinski dicht an sie heran: „Am Wege nach Grundhöfen liegt ein toller Mann. Niemand kennt ihn, niemand weiß, woher er kommt. Niemand ahnt, daß es nur einen in der ganzen Umgegend gibt, der seiner Sinne so sicher ist, daß er auch nichts im Walde einem Menschen durchs Herz schießen kann.“

Elisbeth lachte die Frauen. „Da war es, das Suchthabende, das drohend über ihren Cogen hing. „Warum mag er ihn erschossen haben?“ summelte sie ihn.

Radzinski juckte die Achseln.

„Ich glaube das nicht“, sagte Elisabeth kopfschüttelnd. „Ohne Grund schießt er keinen nieder.“

Radzinski biß sich ängstlich auf die Lippen. „Sie sind sehr aufrichtig gegen mich und, wie es scheint, dem Alten sehr zugethan. Doch morgen ist das Weibere ab.“

Elisbeth erregte, daß die Mutter offiziell noch nichts von ihrer heimlichen Verlobung wissen sollte. Sie ging auf Radzinski zu, sagte seine Hand und sagte: „Warum bist du nicht offen; es gehört doch wirklich nicht viel Mut dazu, einem Mädchen, das halb gebrochen ist, die volle Wahrheit zu sagen.“

„Daß ich Deutschen immer so vom hohen Pferd herunter sprechen müßt. Ihr werdet es nie verstehen, große Worte zu gebrauchen.“

„Du irrst!“, sagte sie und gab seine Hand frei. „Ich brauche die Wahrheit um mich, wenn ich leben soll. Mein Vater läßt nicht, meine Mutter auch nicht. Mögen die Leute leben, welche die Sacke zur Mühle bringen, meinestwegen auch der Josef Murtek, der auf unserm Hof arbeitet. Für eine Herrenmutter postet es nicht. Wie soll ich jemals Vertrauen zu dir haben? Wie kann ich deine Liebesverwunderungen glauben, wenn in meinem Herzen die Dröge aufsteigt: „Ist es auch wahr?“

„Ich liebe dich und möchte dir alles sein. Alles will ich für dich tun. Doch ich muß die vertrauen können. Gestern nacht verlorst du, heimtückisch deinen Zweck zu erreichen. Deine Leidenschaft entzündete dich in meinem Herzen. Nun breche ich Lüge gegen dich wieder mit hinterhältigen Gedanken an. Ich weiß nicht, was du gegen Grusko hast. Weil aber deine Verheißungen nicht stimmen, verpasse ich einen Zweck auf immer.“

„Was?“ schrie Radzinski in schielend verhaltenem Gern. „Bist du nicht bei ihm gewesen? Hast er dir nicht von seinem Sohn gesprochen? Hast er dich nicht in seinem Wagen heimfahren lassen?“

„Das sind Vermutungen“, sagte sie hart.

„Aber mein Kind, wo halt du denn die ganze Nacht gesteckt?“ fragte die Mutter erschrocken.

„Daran spreche ich jetzt nicht mehr.“

„De lieblichen Eiferlichkeit und der beleidigte Stolz in Radzinski in greller Farbe empor. „Du bist nicht, was er tat, als er hart Elisabeths Hände sagte und herorrief: „Bei wem warst du, sprich, sonst geschickst, bei Gott, ein Unglück.“

Elisbeth preßte die Lippen fest aufeinander. Sie sah den Jernigen aus großen, schmerzenden Augen an, als könnte sie es nicht begreifen, daß es derselbe Mann sei, den ihr Herz vergebenseit hatte, und schmeie.

Draußen fuhr ein Wagen vor. Pettekau stampfte schwer die Treppe hinauf. Ihm folgten Dohmann und der Lebrer.

Frau Pettekau, die sich eben einem dieser Szenen angemessen Jammer hingeben wollte, raffte sich schnell zusammen und eilte zur Küch und ihre Überforderung zu verbinden.

Radzinski aber schaute Elisabeth zu. „Bei andern war es mir in der Nacht auch genug. Mich aber halt wie eine Fremde mit Säßen zurückgekehrt. Du wirst auch um Liebe betteln müssen.“

Elisbeth rief sich los und lief die Treppe zu ihrem Zimmer hinauf. Hier war sie sich auf ihr Bett und brach in heftiges Schluchzen aus.

Gern hätte sich auch Radzinski zurückgezogen, aber es war zu spät. Der Hausbater war bereits im Zimmer. Streunlich reichte er ihm die Hand: „Das ist recht, daß Sie sich auch einmal um uns kümmern.“

Auch Dohmann und Lebrer begrüßten den letzten Gast. Während Frau Pettekau ein Frühstück auftragen ließ, berichtete ihr Mann von dem, was sie vom Stande der Revolution in Polen in Erfahrung gebracht hatten.

„Die Synode aus Radzinski die Deutschen aus allen Stellen letztendlich zu verdrängen suchten. Er entsetzte sich, daß sie in landesverrätherischer Weise mit den Feinden Deutschlands und Worhaua Verbindungen anknüpften. Schon wollte er in seiner offeneren Art von der Revolution der Deutschen Protestorssammlung sprechen, von dem Kaiser, den sie nach Berlin geschickt hatten, als Lebrer, der ein späthisches Eichen auf dem Gesicht des polnischen Edelmannes bemerkte, ihr unterbrach: „Herr v. Radzinski weiß das alles wohl viel besser als wir.“

„Ja“, sagte Frau Pettekau, „Herr v. Radzinski kam hierher, um uns zu retten.“

Der Vole wurde verlegen: „Mir für den Fall, daß dies Land in absehbarer Zeit dem großpolnischen Reiche einverleibt werden könnte, habe ich gewarnt, ich nicht alljähr einer verlorenen Sache anzu-schließen.“

„Was reden Sie da?“ schnauzte Pettekau, dessen Stimmung plötzlich umschlug. „Reich und mit Preußen.“

„Nicht doch“, war die verbindliche Antwort. „Wir werden eben wieder das, was wir gewesen sind.“

„Da haben Sie sich verdammt schielend über die Siebelung hier unterrichtet“, fiel ihm der Lebrer ins Wort. „Der Begriff Polen umschließt in den Augen der Wissenschaft ein lockeres Bündel verschiedener Landschaften, die von den Polen zusammengegriffen worden sind. Das eigentliche Polen ist eine kleine Landschaft zwischen Worhaua und Velen gewesen. Majuren, Cuamien, Sendomir, Galizien und Krakau waren landschaftlich größer. Erst die Unterwerfung des Preußenreiches zu einem Reich, die Bevölkerung ist aber noch heute keine Einheit. Was Sie dem Volegennter eingewanderten, halbpolnischen Anaten, von denen der Vole auch keine Leidenschaft für Reiten geerbt hat. Nur durch seine stärkere Vermehrung vermehrte der Slame die künftige, germanische Urvölkerung zu überwinden.“

„Rach heute sind 14 c. h. der Bevölkerung vornehmend nordisches Blut. Wie in den andern europäischen Ländern hat auch hier sich das germanische Element im Staatsdienste verbraucht, während die Unterzelle sich unbehelligt weiterentwickeln konnte. Die früheren Schlachten gehörten ausschließlich dieser Rasse an. Ihr Dichter Sienkiewicz spricht ausschließlich nur von blonden, polnischen Soldaten. Einen lebenden Beweis für diese Rasse haben wir in dieser Gegend im alten Grusko.“

„Daher, Herr v. Radzinski, werden Sie finden, daß gerade diese Rasse das deutsche Bruderblut mit offenem Arme aufnehmen und mit dem Deutschen durch dich und dann gehen. Sie sind uns eben näher verwandt wie den Halbgothen aus dem Wolgagebiet.“

Leider haben sich die dunkelhaarigen Elemente stärker vermehrt, so daß ihre Sprache überhandnahm. Was sogenannte Großpolen ist ein Versuch, auf Sprache und einer längelverlorenen Erbschaft ein Reich zu errichten.“

„Wir Deutschen“, fuhr der Lebrer fort, „haben nicht nur aus Blutgründen, sondern auch aus andern das größere Recht auf den Boden. Alle Kultur ist von uns gekommen. Viele Bauern, die jetzt polnisch sprechen, sind aus Deutschland eingewandert. Sie haben Schulen, Verwaltung, Kunst und Wirtschaft von uns. Polen ist nicht militärisch und wirtschaftlich stärker als das ganze Königreich. Wir bleibt es insofern unerlässlich, weshalb Sie sich einem tiefer lebenden Staate unterwerfen müssen.“ (Fortsetzung folgt.)



Brigitte Pfeiffer.

Danzig und ich.

Von Hans Calm.

(Nachdruck verboten.)

In meiner Jugendzeit, das ist über 50 Jahre her, lernte ich Danzig nur ganz flüchtig kennen, aber vor etwa 30 Jahren wurde mein Freund Dr. Gesdorp, Direktor der höheren Lehrschule in Silbeseim, an die Viktoria-Schule in Danzig versetzt. Das war die zweigleisige Mädchenschule Preußens, sie enthielt außer der höheren Lehrschule mit Parallelklassen, ein Lehrerinnenseminar, Realschulabschlüssen und eine Frauenchule. Dr. Gesdorp nahm mich mit, wenn ich mich so ausdrücken darf, denn ganz genau ist diese Bezeichnung nicht, vielleicht wäre es besser zu sagen, wie ich mich nach Silbeseim kommen ließ, so auch nach Danzig, und zwar als Schultätler.

Wenn nach ein paar Jahre ins Land gehen, die alte Lehrer- generation ausgetrieben ist, weiß kein Mensch mehr, was ein Rezipient in der Schule wollte und sollte. Er gehört schon heute der Vergangenheit an, und ich darf mich den Leuten nennen, welche nur ich für Danzig der letzte. Die neue Zeit mit ihrem Kino, Radio, Grammophon und Sport hat ihn verdrängt.

Ich hatte als Schultätler schon früh angefangen, in den Schulen rezeptionsfähige Vorträge zu halten und habe es auf weit über 4000 gebracht neben meiner beruflichen Tätigkeit. In diese Vorträge gab der Direktor alle Jahre einmal eine Schultunde her, und der Rezipient trug Gedichte und Prosafragmente, welche in den Schulbüchern standen oder dem Anhangsverzeichnis der Schüler entnommen. So vor, daß damit für Lehrer und Schüler Mühe gegeben waren. Ich will mich hier mit diesen geringen Andeutungen begnügen, ein Auseinanderlegen der Grundzüge nach denen der Vortrag gestaltet werden mußte, würde zu weit führen.

Genau, Dr. Gesdorp ließ mich nach Danzig kommen und ebnete mir auch den Weg in diese Schulen nicht nur, er gab auch Veranlassung, daß ich einige Jahre hintereinander mit Lehrern und Lehrerinnen einen Kursus in der Technik des Sprechens abhalten konnte, abgesehen davon, daß Sprachkranke zu mir nach Dessau kamen. Außer in der Viktoria-Schule habe ich Vorträge gehalten im Konradinum — Direktor Vonstedt, Realschulhaus — Direktor Streb, Marienschule — Tri. Fandmann, Lehrerbildung in Joppet — Tri. Weg, Lehrerchule — Tri. Wendt, Mädchen-Mittelschule — Tri. Rich, Lehrerinnen-Seminar — Direktor Jurg, Oberrealschule — Direktor Stodter, Mädchen-Mittelschule — Direktor Heppke.

Diese Schultätigkeit stellte mich in der Regel nur des Morgens, die Nachmittage und Sonntage blieben frei für die Stadt und ihre Umgebung. Wer nicht mit offenen Augen durch Danzig gegangen ist, macht sich kaum eine Vorstellung von den Schönheiten und den Kunstschätzen, die so viele Jahrhunderte da gebaut und zusammengetragen haben und Wälsberg und Rüdiger, alsdann auch Bülow und Cuddeburg, muß man gelobt haben aber Danzig. Wie habe ich mich als Künstler, der ein wenig von der Geschichte wußte, in der Marienkirche erhoben gefühlt. Die Stile vieler Jahrhunderte vereinigen sich in ihr zu seltener Harmonie. Kein Betrachter fühlt sich gestört durch Gotik, Renaissance, Barock und Rokoko in denselben Raum. Und nun gar ein Motettenchor in diesem herrlichen deutschen Gotteshaus! Zeit geht das Herz auf, umgeben von den Künstlern vergangener Zeiten, beim Anhören der Musik von Palestrina bis Bach.

Wollt ihr ein Abbild der großen Kunstzeit, ihr braucht auch nicht zu begnügen mit dem Rathaus und dem Fiedrichsdenkmal in Dübek, geht in den Artushof in Danzig, dort schwillt das Herz freudig auf in Gedanken an Bürgerkraft und Bürgerstolz. Irdisch kann es nicht gelischen, daß man Vergleiche anstellt und dann — oh, über die launlichen, perfide Gegenstände.

Steigt mit mir die Wendeltreppe zur Galerie im Rathaus empor, kommt euch da nicht das Wort in den Sinn vom Männerhohr der Königsbrunnen? Denkt ihr an die wechselnde Geschichte, an die maßlosen Leiden dieser Stadt? Und fiele fanden sich Männer, die mit Kraft und Beharrlichkeit sie dem Verfall zum Erhielten.

Tragt ihr, wie haben unsere Urgroßväter, die königlichen Kaufherren, gemocht und gelebt, geht mit mir in die Vorgänge zum Aufgehens. Ja, von den neuen heutigen Verkehrsverhältnisse ihrem Überfließen, seiner gemütslebenden Welt, ist nichts zu finden, man muß es schon dabei lassen, daß die Älten mit Ecklerje und bestenfalls mit Wachskerze auskamen, aber gibt es denn heute noch etwas so Anheimelndes, etwas bei dessen Anblick sich unwillkürlich das Wort Vaterhaus in die Gedanken drängt? Seht den kleinen Hof an, wie traulich und fern vom Vorn.

Oh müß ich nicht die Kunstschätze dieser Stadt schreiben, da hätte ich viel zu tun, nur sollen gleich mit mich ins innere Erleben tritt, wenn ich an Danzig, wie so oft, erinnert werde.

Wie gerne bin ich bei Sonnenfinstern und Regen durch die innere Stadt gewandert mit ihren schönen Giebelhäusern und den Weisheiten, den prächtigen Vorbauten des Eckelhofes. Vielleicht führte von da die Tür zum Keller, in dem die Waren lagerten, gemäß schon vorerörter hier mit der Kalkpfiste im Mund, um ihr Freud und Leid zu berichten. Es sind viele Frühjahre der Zeit zum Gefallen. Selbst die Wahrscheinlichkeit daß der neugierige Verkehr sie gefordert, aber auch nur vielleicht, ebensooft ist es möglich, daß sich Verkehrsmasse hätten organisieren lassen unter Erhaltung der Weisheiten, wenn man ihnen Einbahnstraßen gekannt haben würde.

Hier in Danzig war's, als mir an einem Sonntage, an dem mir nach Pola fahren wollten, beim ersten Frühstück ein Regierungsrat von der Provinzial-Schulregierung die Nachricht brachte, daß unser früherer Minister Johann von Vollmer, der zur Zeit Oberpräsident von Schlesien war, zum Preussischen Minister des Innern ernannt sei. Auf dem Wege zum Kantor konnte ich ihm noch meinen Glückwunsch telegraphieren.

Der Kantor, ein Wahrzeichen Danzigs, wie das Holstentor von Lübeck eines ist, und doch wie verschieden die beiden, aber auch wie erhaltensamer und ansehnlicher.

Freund Gesdorp kam mit seiner Familie und einigen Bekannten auch gerade an. Nun man schnell an Bord, damit uns keiner die Plätze hinter dem Bugspitz wegnimmt. Frau Gesdorp hatte sich keinen kleinen und keinen schlechten Fresskorb gelogt, und ihr Mann begleitete uns mit magerflüchtenden Tropfen aus der besten Bismarck- gegenfug für die große Seereise. Das dabei das Matrosenklavier, die Handharmonika, ebensoemig selbst durfte wie andere alten schönen Volkslieder, verfiel sich eigentlich von selbst. Am die Matrosen und die Weisheit hinunter. Welch eine Anzahl alter abgetakelter Kriegsschiffe lagen da, mit ehemals solchen Kanonen, die jetzt nur noch altes Eisen waren. Ob wohl dies oder jenes im Kriege noch einmal Dienst tun durfte? Nicht im Kampfe, sondern für, dazu waren sie zu sehr veraltet, vielleicht als Wach- oder Übungsschiff.

An der kleinen Festung Weichselmündung ging's vorbei. Ob er wohl da ist? „Er“ war ein preussischer Offizier, der wegen eines Duells hier seine Zeit abtun mußte. Saben mit den einamen Menschen auf dem Wall, überkam uns ein Mitleid, daß er nur von fern an unserer Strafe teilnehmen konnte.

Waren wir aus der Weichsel heraus, ging's jetzt nach Joppet. Nun, ich habe es öfters rühmen hören, und wenn ich da auch einige Male reisierte, gefallen hat es mir weniger, es war ein Mordbad mit allen Verzügen und Seelen eines solchen, mir war die Halbinsel Joppa lieber. Durch die Dorfstraße wandern mit ihren niedrigen Strohgedeckten Häusern und der schneeweißen kerzigen Silberbecherkranz. Einmal bog ich vor einer Eisenkammer, die ich nicht als ein deutsches sprechen. „O, Frau, wenn Sie so das Platzhuhn jucken könnte, dann mach ich Sie wohl haben, lat'm mit doch mal in z're Was kiken, ich muß gar zu gern mal sein, wie so'n Heiser Fänger moht.“ — „Ja, dat ward wohl so fin as bi mi 'badder in Slutag.“ — „Dann sind mi ja Pandelnig, ich bin ut Dübek.“ — „Denn kann's man rin.“ Nun zeigte sie mir ihr vor Sandertick ditziges Häuschen mit dem noch offeneren und dem großen Raufzug. Den Alenken, die ihre Mann' mal ein sechsechtern Mänsch war, aus fernem, Dübek mit gebracht hatte.

Durch den tiefen Sand geht's zum Nordrand der Halbinsel. Wer es noch nicht gesehen hat, kann hier die Höflichkeit der Bäume kennenlernen, wie sie sich tief vor den Stämmen vorbeugen, aber auch wie schwer ihr Vorkampfskampf sein muß und wenn sie auch die wunderlichen Krümmungen aufweisen und nie reum in die Höhe kommen, doch tief vermerkt im deutschen Mutterboden sind und sich nicht unterkriegen lassen.

Wer es nicht kennt, mag sich die Befestigung der Wandenlinien zeigen und erklären lassen, er bekommt Achtung vor den harten Händen, die den schweren Kampf mit Naturgewalten führen.

Waren wir am Nordrand, dann wanderten wir durch den folgenden Sand und setzten uns auf den Strandbäcker. Ich man allein hier, dann überkam mich das Gefühl größter Einsamkeit und den hört nur noch die kleinen am Sande der Sandbäcker. Wie erluchten die Damen, zur Dünnpilze hinaufzuheben und auf uns zu warten. Sie taten's wohl, hinterließen uns aber die Mähnung: Macht keine Dummheiten! — Ja, weil — Unter mit den Kleidern und hinein ins Wasser. Es war so eigentlich nicht erlaubt hier zu haben, aber was ich nicht alles verbot. So erquicken das Bad auch war, eine Solge bald kam. Man bekam den seinen Sand fassen und den Sägen wie und merkt bummelte nachher, bis er ich entschlief. Stiefel und Strümpfe wieder ausziehen und mit dem Tschachtel, denn Bedezug hatten wir doch nie mit, die gehen dem Sand zu befreien. Auf der Dünnpilze geht es sich, daß der Fresskober noch für alle Vorrat enthielt, der nicht trocken verjährt zu werden brauchte.

Am Nordrand ging's entlang zur Rettungsfeldung und dem Weichturm, der besiegten werden mußte, und mit dem Krieger, d. h. Schutzbott, des Wächters wurde der Horizont abgeleitet. Es war ein herrlicher Sommerabend, kein Windchen am Himmel, denn so 'n kleines weißes Ding wie eine Hand groß zählt doch nicht. Ich hörte aber, wie einer sagte: „Das gibt nicht noch mal Gesdorp fragte, was hat er gesagt? Und als ich es in das geliebte Hochdeutsch überlegte, bekam ich zur Antwort: „Ausgeschliffen!“

In der Dämmerung kamen wir zum Kurhafe. Die Silberboote im Hafen tanzten schon recht lustig auf und ab. Wenn's nur nicht zu arg wäre, sonst können mir hier auf Stühlen überatmen, denn soviel Seiten im Anblick, daß man hat das Ruhehaus nicht, und es ist schon vorgekommen, daß das Dampfboot in Danzig blieb, sobald Wind und Wetter es zu ernst meinten. Es erschien aber und konnte alle mitnehmen. Wie wir in Fahrt kamen, ging das Ding an, redt munter zu werden. Schnell in die Kajüte! 3 wo, ich blieb an Deck

Osthilfe.

Die Reichsminister Schiele und Treveranus über die Osthilfe.

In einer Vertreterversammlung des Verbandes der preußischen Landgemeinden, die am 20. November im Sitzungssaal des Reichstages in Berlin stattfand und in der in bemerkenswerter Weise zunächst Reichskanzler Dr. Brüning und der Preussische Innenminister Sagering das große Reformwerk der Reichsfinanzen und der deutschen Wirtschaft vertraten, sprach auch Reichsernährungsminister Schiele, der diese Gelegenheit benutzte, die Bedeutung der Osthilfe in den Vordergrund zu rücken. Er wies auf den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und landwirtschaftlicher Verfallung hin. Der Wandertrieb vom Osten nach dem Westen müsse wieder in die umgekehrte Richtung gelenkt werden. Das Drastische unserer Wirtschaft sei in jene einzelnen Stränge aufgelöst. Die einzelnen Wirtschaftszweige müßten wieder angeglichen und neu gestaltet werden. Freiheit und Brot sei die Parole. Reichsminister Treveranus sprach dann als Reichskommissar für die Osthilfe noch über letztere. Dabei betonte er, daß zunächst der dringende Not der reinen Grenzgebiete gesteuert werden müsse und daß dann nach und nach das Hilfswerk ausgebaut werden könne. — Es ist zu begreifen, daß nun auch von amtierenden Ministern die Bedeutung der Osthilfe und die Notwendigkeit der Osthilfe vom vaterländischen Standpunkt immer wieder betont wird.

Ostfonds auch für 1931 gefordert.

Im Preussischen Landtag ist ein deutschnationaler Antrag eingegangen, in dem beantragt wird, daß im preussischen Haushalt für 1931 zur Sinderung der großen Notlage in den östlichen Grenzgebieten ein Betrag von 15 Millionen Mark eingelegt werden solle, daß jedoch im neuen Haushalt ein solcher Betrag fehle. Die Regierung begründe den Fortfall des Betrages mit allgemeinen Sparmaßnahmen. Es wird ein Verbleib des Landtages gefordert, wonach das Staatsministerium Einparierungsverordnungen im neuen Haushalt in Höhe von 15 Millionen Mark machen solle, damit der Ostfonds im Haushalt für 1931 erhalten bleibe.

Bata kauft Rittergut Ottmuth.

Der schlesische Schuhfabrikant Bata hat seinen Plan, in Oberschlesien einzubringen, weiter verfolgt. Die Verhandlungen über Grundenerwerb für ein großes Fabrikunternehmen sind abgeschlossen: Bata kauft das Rittergut Ottmuth bei Sogolin (Kr. Groß-Strehlitz). Das Gelände hat ähnliche Eigenschaften wie das feinerste in Aussicht genommene fiskalische Gelände bei Randpitz; das Rittergut Ottmuth ist ungefähr 2000 Morgen groß und liegt am rechten Ufer der Oder, dicht unterhalb von Krappitz nahe der Hauptbahnstrecke Oppeln—Randpitz. Bisheriger Besitzer des Gutes Ottmuth war Graf Sponeck.

Neues aus Polen.

Reformen in Sicht. — Pilsudski tritt zurück.

Die Eröffnung des Sejm wird am 9. Dezember erfolgen. Das Jannski wird als Seimmarshall verfahren; an seine Stelle wird voraussichtlich der frühere Ministerpräsident Smialski treten. Die Hauptaufgaben des Sejm werden die Annahme des Budgets und die Verfassungsänderung sein. Es wird zu verschiedenen Reformen im Sejm selbst kommen: Vor allem soll dem Seimmarshall, der an sich schon über eine höhere Position als sein Vorgänger verfügen wird, weil er sich auf eine gesicherte Mehrheit stützen kann, eine größere Machtbefugnis gegeben werden. Die Abgeordneten sollen keine Diäten mehr, sondern nur noch Tagelöhner, und zwar für die Teilnahme an einer Vollversammlung, erhalten. Kommissionsarbeiten sollen nicht mehr honoriert werden. Auch das Recht der freien Eisenbahnfahrt soll beschränkt, und vor allem soll das Recht der Unantastbarkeit der Abgeordneten beseitigt werden. Die Pilsudski wird zurücktreten. Es heißt, daß er sich zur Erholung nach Madeira begeben wird. An seine Stelle wird wieder Oberst Slamek treten. Pilsudski wird die wichtigen Posten eines Kriegsministers und Armeeführers auch während seiner Abwesenheit weiter bekleiden. Verschiedene andere Ministerposten und einflußreiche Ministerialstellen werden mit alten Männern des Reg-

ierungsbloks neu besetzt werden. Der „Rebelnik“ verurteilt das ungeschickte Gerücht, daß die Stellung des Außenministers Galeski erschüttert sei.

Zwischenworte werden, wie gemeldet wird, die Vorbereitungen für Pilsudskis Auslandsreise getroffen. Der Marshall wird wahrscheinlich nicht nur Madeira, sondern auch die französischen und italienischen Küsten besuchen. Nicht ausgeschlossen ist es, daß er an der nächsten Arbeiterkonferenz teilnehmen wird. Daran knüpft sich die weitere Vermutung, daß die Auslandsreise Pilsudskis nicht lediglich von Gesundheitsrückfällen diktiert ist, sondern daß der Marshall auf dieser Reise eine hochpolitische Mission verbindet, wobei man nicht zuletzt auch an eine Unterstützung der Korridorfrage denkt. Der rechtsstehende „Wieczny Poranek“ und andere Blätter verbreiten das Gerücht, daß die Schaffung eines Unterstaatssekretariats oder eines Ministeriums für die nationalen Minderheiten geplant sei. Für diesen Posten soll der in Ungarn gewählte jüdische Abgeordnete Kosmarin ausreichen. — Die vor den Wahlen verabschiedeten Oppositionsführer werden nach und nach aus dem Gefängnis entlassen, so Czerwinski, Witos, Bartel u. a. Die Freigelassenen verweigern jegliche Auskunftei über ihre Stellungsbefreiung. Koranyi hat nebst.

Entschädigungswesen.

Der Stand des Entschädigungsverfahrens.

Die Restormierung für Kriegsschaden hat seit der Auflösung des Reichsentschädigungsausschusses am 1. Juli 1929, dem 1. April bis zum 1. November 1930, insgesamt 1374 Sachschadensentscheidungen gefällt mit 29 351 678 RM. folgend:

Hieron entfallen auf Sachschäden 959 Fälle mit 24 366 462 RM., auf Wertpapierbeschädigungen 415 Fälle mit 5 045 216 RM.

Von der Gesamtzahl der Sachschadensentscheidungen betrafen a) 987 mit 2 185 635 RM. Fälle mit einem Grundbetrag bis 20 000 RM., b) 587 mit 27 166 043 RM. Fälle mit einem Grundbetrag über 20 000 RM. Im Falle zu a) handelte es sich um 558 Sachschadensentscheidungen mit 1 971 635 RM. und um 429 Beschädigungen Wertpapierbeschädigungen mit 213 797 RM. Im Falle zu b) wurden 409 Sachschadensentscheidungen mit 22 334 624 RM. folgend, während 178 Beschädigungen mit 4 831 419 RM. Wertpapierbeschädigungen betrafen.

Auf Grenzland-Ost und -West entfielen insgesamt 195 Sachschadensfälle mit 1 925 366 RM. Hierunter befanden sich mit einem Grundbetrag bis 20 000 RM. 117 Fälle mit 390 986 RM., mit einem Grundbetrag über 20 000 RM. 78 Fälle mit 1 534 374 RM.

In dem eingangs erwähnten Zeitraum sind ferner 3401 Anträge auf Vermittlung von Weihen aus dem Härtefonds bearbeitet worden. Die Zahl der Vermittlungen betrug 901. Geprüft wurden insgesamt 3 146 427 RM. Auf Grenzland-Ost und -West entfielen davon 574 Vermittlungen mit 1 902 608 RM.

Rursentwicklung der Reichsschuldbuchforderungen.

Die Beschäftigung, die man bezüglich der Sicherstellung des Jahresgebedarfs in den letzten Wochen hegte, scheint übermannt zu sein.

Obwohl dieses noch nicht in den Zusätzen zum Ausdruck kam, konnte man doch schon ein größeres Anlagebedürfnis feststellen. Auch die ersten Kreditfälligkeiten, die in den letzten Wochen mit Zeichnungen von Wertpapieren und Schuldbuchforderungen zurückblieben, stellten wiederum größere Darlehensbeträge zur Verfügung. Diese Umstände bewirkten in den letzten Tagen eine Besserung der Schuldbuchkurve, wenn auch nur von einigen Prozenten. Berücksichtigt man die verhältnismäßig hohe Verzinsung der Schuldbuchforderungen, besonders der späteren Fälligkeiten, die sich infolge der letzten niedrigen Kurse ergibt, so kann man nicht ohne Grund dieses Jahres schon mit einem weiteren Steigen der Schuldbuchkurve rechnen. Voraussetzung hierfür ist selbstverständlich, daß das Vertrauen zur Reichsregierung nicht erschüttert wird und daß sonstige innerpolitische Ereignisse die Kursbesserung nicht verhindern. — Am 2. Dezember d. J. wurden folgende unverbändliche Verkaufskurse genannt:

Alte	Polensfäden
1931: 98%	
1932: 94	
1933: 91%	
1934: 89%	
1935: 85	1935: 82%
1936: 80%	1936: 79%
1937: 77%	
1938: 76%	
1939: 74%	1939: 74%
1940: 75	1940: 70%
1941: 71%	1941: 71
1942: 69%	1942: 68%
1943: 69%	
1944: 68%	
1945: 68%	
1946-48: 68	1946-48: 67
	Wiederaufbauzulage
1944-45: 26%	1946-48: 26%

Das „Ostland“ als Kampfsorgan.

In den letzten Wochen sind uns aus unserem Leserkreise Zuschriften in besonders großer Zahl zugegangen, in denen uns die Zustimmung der Abwesenden ausgesprochen wurde zu der energiegelassen und umfassenden Aktion, durch die wir das unerhörte deutschfeindliche Erbrechen der polnischen Presse desfalls und jenseits der Grenze unter Aufhebung zahlreicher polnischer Pressen entzünden haben. Viele Darstellungen haben meine Kräfte, die nicht polnisch verstehen, einen Einblick tun lassen in das verwerfliche, überaus gefällige und zielbewusste Erbrechen des Polentums und in die perfide Absicht, durch Aufbauschung an sich dreuzüngeliger Vorkommnisse, durch Verdrehung von Tatsachen in der Gegenwart, durch Verallgemeinerung belangloser polnischer Ereignisse in Preußen und Polen desfalls der Grenze und durch darauf begründete maßlos übertriebenes Rügen über polnischen Märschtrupp, über Verfolgung von Polen in Deutschland durch deutsche Stofstruppen usw. die Deutschen als maßlos terroristisch und unduldsam erscheinen zu lassen und die Polen gegen die Deutschen zu fanatischem Haß und zu Ruchtheiten zu entflammen und so den ohnehin großen Gegensatz zwischen Deutschen und Polen noch zu vertiefen und unheilbar zu machen. Dadurch hoffen die polnischen Dicht- und Redner bei den in Deutschland lebenden Polen das Rationalgefühl zur Siebzehnte zu entfachen und sie so zu bewegen, immer neue polnische Forderungen aufzustellen und mit Leidenschaft zu vertreten. Gleichwohl wollen sie dadurch der Reizung der Polen jenseits der Grenze, das Deutschum mit allen Mitteln anzugreifen, neue Richtung geben. Durch eine Reihe von Reden haben wir nicht polnische Erbreiten unter wörtlicher Aufschrift polnischer Auslassungen eingehend beleuchtet. Viele Ortsgruppen haben uns mitgeteilt, daß ihnen dieses Material für ihre Arbeit und für Vorträge sehr wertvoll gewesen ist. Vorüber hinaus haben viele Leser uns mitgeteilt, daß dieser Einblick in die polnische Presse geradezu Entsetzen in ihnen hervorgerufen hat. Die meisten von ihnen bemerken, daß nichts die Rotenbeizung der Arbeit des Ostlandes und das feste Zusammenhalten der Ostmärker zur Bekämpfung des Polentums mehr erwiesen habe wie diese Zusammenstellungen und Kommentierungen polnischer Pressen. Auch von Parlamentariern und sonstigen Politikern wie auch von beachtlichen Stellen ist uns geschrieben worden, daß sie darin ein außerordentlich wertvolles Material erblicken und daß auch sie erfüllt seien von dem Entzünden, das dieses polnische Erbrechen

auf sie gemacht habe. Von den vielen Zuschriften sei die folgende aufgeführt:

„Bitte, senden Sie das „Ostland“, namentlich Nr. 47, an den Volksbund nach Grief, dort angefrachten. Aus keiner anderen Zeitung kann der Volksbund in so geistvoller Weise, wie in Ihrem Blatte aufgeführt, die Ostländer und die Polen entzünden.“

In einer langen Zuschrift eines Lesers des „Ostlands“, des Herrn Dr. Gullas St. in S., heißt es u. a.:

„Mit großem Interesse und starker persönlicher Anteilnahme lese ich seit mehreren Monaten die Zeitschrift „Ostland“. Die letzten Nummern des Blattes sind übermäßig in der Sache der Ostländer, das ist über die Deutschen in Polen und die Heide der polnischen Presse in Deutschland berichtet. Der Deutsche Ostland lenkt die Aufmerksamkeit seiner Mitglieder und Freunde auf die gefährdete Grenze im Osten und ist, seinem Wahlspruch nach, gewiß, die Befähigung: „Was wir verlieren haben, darf nicht verloren sein!“ möglichst vielen Deutschen Herzen einzuflößen.“ Der Volksbund macht dann bühnenreife Vorträge, zu deren Begründung noch bemerkt: „Es gilt nunmehr, dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit die Gefahr, die ihm von Osten droht, die es aber durchaus noch nicht erkannt hat, zu zeigen und es willig zu machen, die Weider . . . auch mit der Zeit zu unterstützen.“

Ein anderer Landsmann, Paul E. in S. i. Vom., läßt ein längeres Schreiben mit folgt aussagen:

„Ich lese mit großer Freude in Ihren lebendigen Artikel regelmäßig das „Ostland“ kommen. Meine Mutter schreibt gestern dazu: „Ich lese das „Ostland“ mit Vorliebe.“

Geben Sie doch bitte die Anregung, daß jeder „Ostland“-Verehrer seinen Bekannten und Verwandten in Polen die Zeitung zukunst.“ Vom bemerken wir, daß das „Ostland“, wie festgestellt worden ist, durch eine Veröffentlichung der polnischen Regierung im „Monitor Polski“ vom 9. September 1929 in Polen verboten ist. Das schließt natürlich nicht aus, daß es in geschlossenem Briefe nach Polen unterbreitet werden kann.

Wir möchten nicht verfehlen, den vielen Einfernern von Zuschriften herzlich zu danken für ihre Zustimmung und die warme Anerkennung, die sie uns bei der Selbsteigen ausgesprochen haben.

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Angermünde feierte am 10. November ihr zehnjähriges Bestehen. Der große Saal Reichshaus war bis auf den letzten Platz besetzt. Die Begrüßung leitete der Vorsitzende kurz die Verhältnisse, die zur Gründung des Bundes geführt haben. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Herr Konrektor Vater, überbrachte die Grüße des Bundespräsidiums und des Landesverbandes und überreichte 30 Mitgliedsurkunden, die der Ortsgruppe bereits zehn Jahre angehören, das Ehrenabzeichen. Auch der Vorsitzende der Ortsgruppe Bad Strömung a. d. O., Herr Professor Altmann, hatte es sich nicht nehmen lassen, den Abend bei uns zu verbringen, grüßte und Wünsche seiner Ortsgruppe überbringend. Gute Musik, Vorträge, Reigen und ein Kuchel in drei Akten sorgten für Unterhaltung.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Sorst (Kaufl.). Die Oktoberversammlung wurde mit einer Feuerfeier für den verstorbenen ersten Vorsitzenden, Herrn Lehrer Paul Conz, eingeleitet. Rach einigen himmelssohlen Musikvorzügen des „Ostmark-Steinchorquartetts“ hielt Herr Georg Schulerer eine eindringliche Rede. Er erinnerte an das deutsche Vereinswerk des 19. und 20. Jahrhunderts, der Gründer der Ortsgruppe vor und diese über zehn Jahre mit großem Eifer zielbewußt geleitet und betreut hat. Besonders stellte der Redner die innige Heimatliebe und unermüdete Hingabe des Verstorbenen in den Vordergrund und bezeichnete ihn als letzten Vertreter der hohen Ziele des Deutschen Ostlandes. Eine weitere erhebende Musikalische geführte die würdige Gedenkfeier, die bei allen Anwesenden einen tiefen Eindruck hinterließ. — In der darauffolgenden Monatsversammlung berichtete der Schriftführer des Vereins über die jüngsten Vorgänge in der entzifferten Ostmark, über die Sterbekasse, die der Ostbund auf Grund des Vertragsabkommens mit der Odna unter Festlegung günstiger Bedingungen für seine Mitglieder geschlossen hat, gab der Kassamann des Vereins erschwenden Aufschluß.

Landesverband Niederschlesien.

Die Ortsgruppe Sagan beging am 26. Oktober ihr 10. Stiftungsfest, zu dem auch Landestute aus Sorau und Spottau und heimatreue Ostschlesier in großer Zahl erschienen waren. Rach mehreren einleitenden Musikstücken der Stadtkapelle und einem Vesperchor (Hl. R. i. K.) behandelte der Vorsitzende, Herr K. a. m. a. n., der Gründer der Saganer Ortsgruppe, Professor Könnemann, Stein, Steinke, Wende, Weigt, Wernick, Wandt, Schaub und Schulz. Eine besonders würdige Ausgestaltung erfuhr die Gedenkfeier durch die Sedernde von Pastor Schulz. In zu Herzen gehenden Worten sprach der alte Brom-

berger über die alte Heimat. Der unterhaltende Teil des Abends brachte gemeinsame Gesänge und schöne Chorgesänge von Mitgliedern der „Vorwärts“ unter Leitung von Landsmann Steinke. Die Sänger hielten sich harken Beweise, ebenso wie mehrere junge Damen mit ihren schönen Reigen: Vortänze und Vortänze. Von Dank und Glückwünschen und Soreau und Spottau. Der Vorsitzende und der Saganer Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimatreue Oberführer sprach der Vorsitzende der Saganer Ortsgruppe aus. Der Vorsitzende Kammann gedachte zum Schluß des bisherigen 2. Vorsitzenden der Ortsgruppe, des Landsmanns Janke, der nach Potsdam übergesiedelt, zu diesem Feste aber hierher gekommen war.

Landesverband Schlesien.

Kreisgruppe Waidenburg i. Schl. In der Monatsversammlung am 28. September, in welcher zunächst gefestigte Sachen, wie Protokollabnahme, Aufnahme neuer Mitglieder usw. zur Erledigung kamen, hielt der Kreisoberführer Schl. a. S. Waidenburg, früher Krenzen, einen Vortrag über seine Eindrücke gelegentlich des Besuchs der Heimat in der Zeit vom 11. Juli bis 26. Juli 1930. Aus dem an interessanten Beobachtungen reichen Vortrag wurden einige Einzelheiten in der nächsten Nummer der Zeitschrift „Am ostmärkischen Herd“ mitgeteilt werden.

Landesverband Vorpommern.

Ortsgruppe Altdamm. Bei dem Stiftungsfest der Ortsgruppe am 11. Oktober sprach Stadthalter Altdamm (Stettin) über die Lage im Osten und die Aufgaben des Deutschen Ostlandes: Sicherung der Abgrenzung und Mitarbeit in einem deutschen Ostland. Der Vorsitzende, Stadthalter Altdamm, sprach über die Bedeutung des Ostlandes. Für die ostmärkischen Frauen sprach Frau Engelmann (Stettin), die Leiterin des Frauenbüros im Landesverband. Die Heimatspiel „Wir halten das Land“ wurde mit viel Liebe dargestellt.

Die Ortsgruppe Stralsund (Verein der heimatreuen Ostschlesien) veranstaltete unter harker Beteiligung am Oktober im Turner-Vereinsraum am Weidemann einen Werbe- und Heimatabend. Erschienen waren u. a. der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Vorpommern, Architekt Dr. Ruppe, Stettin, als Vertreter des Regierungsverordnungspräsidenten Schulz Schöndorf, als Vertreter des Vereins für das Deutschtum im Ausland Herr Weichmann, und Vertreter der Ortsgruppen Bergen und Völsmin. Rach einigen Vorträgen der Kapellkinder in einem von Frau Sill geleiteten Chor sangen die Roten der Ostmark erst und nachher auch der Vorsitzende der Ortsgruppe, Rektor i. R. Wenski, sprach über die Schönheit des Weichsel- und des Polmer Landes, seine Fruchtbarkeit, seinen Reichtum, die arbeitsame und fromme Bevölkerung und ihre Kultur, die nicht geringer und schlechter sei als die anderer deutschen Provinzen. Der Ostmark Rot sei des Reiches Rot; er hoffe besonders auch auf eine tätige Mitarbeit der Frauen im Kampfe um die Heimat gegen das

Die Zuhörerische des Bundesverbandes in Gießen

und der Ortsgruppe Esen des Deutschen Olfubandes am 16. November in fämlichen Sälen der Raupenhöde, über die mir schon kurz berichtet haben, nahm einen sehr schönen, erhebenden Verlauf. Vormittags 10 Uhr verlamten sich die Vertreter der Ortsgruppen und Freunde des Olfubandes im Speisefaal der „Raupehöde“. Der mächtige Speisefaal konnte kaum die große Zahl der Gäste aufnehmen, welche bei der Verlesende des Bundesverbandes Herr Decker Sieg (Dortmum), begrüßen konnte. Verjähle nach Worte des Dankes an den Ort und besonders an den aus Berlin herbeigereisten Präsidenten des Deutschen Olfubandes, Herrn Emanuel Giesel. Mit besonderer Freude begrüßte er auch Herrn Regierungsdirektor Szigge vom Ruderfahrbundesverband, welcher dem Olfubande eine wertvolle Unterstützung verspricht. Albert Schmitz ist unser Vortragslehrer, Herr Dudenpräsident

Einzelnen noch einmal den jahrelangen Kampf des Deutschen Olfandes und her in der großen Arbeitsgemeinschaft in Berlin zusammengefaßten Geflüchtetenverbände um die Entfaltung zu überblicken. Er erklärte, daß die sog. Schulentschädigung niemals als solche anerkannt werden könne und daß der Deutsche Olfand und die Arbeitsgemeinschaft nicht ohne weiteres auf die Erfüllung dieser Forderung verzichten könnten, erinnerte er an das Flüchtlingsland in den Flüchtlingslagern, an die Mienenarbeit der Flüchtlingsfürsorge, an die kulturelle Tätigkeit des Olfandes. Er überbrachte die Grüße des Gesamtpräsidiums, dankte dem Landesverband für seine schreibende treue Arbeit, wobei er besonders der großen Verdienste des Landesverbandes Geschäftsführers, Adolf Kalksch (Essen), erwähnte, welcher seit Sommer 1928 im Landesverband seinen Wohnort genommen hat. Aber nicht nur sei es die Aufgabe des Deutschen Olfandes und seiner Landesverbände und Ortsgruppen, für eine gerechte Entfaltung zu kämpfen, sondern es sei deren Pflicht, das deutsche Volk zu rufen und zu wecken für den Kampf um die Wiedergewinnung der verlorenen Ostmark. Besonders habe der Deutsche Olfand es sich angelegen sein lassen, die Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern in die Heimat zur Führung des Olfandes eine Reihe ländlicher und städtischer Siedlungen aufzufinden, unter Leitung des Herrn Prääsidenten Gehrmann z. B. m. G., was eine große Leistung bedeute. Im ganzen seien bereits 800 städtische Wohnungen für die Bedürftigen erstellt und 300 ländliche Siedler auf insgesamt 20.000 Morgen angelegt worden. Er erwähnte dem Anwesenden, daß auch die Flüchtlinge einen besonderen Anteil an der Ausübung der Wirtschaft und Erzielung einer Arbeit gefunden hätten. Außerdem der Beifall, welche diese Rede bei den Zuhörern auslöste, verknüpft mit, sprach der Landesverband-Geschäftsführer, W. Kalksch (Essen), über „Zehn Jahre Landesverbandesarbeit“. Er gab einen interessanten Überblick über Werden und Wirken des Verbandes, besonders über die Flüchtlingsfürsorge, die Beratung und Unterstützung in der Entfaltung, die Förderung der wirtschaftlichen Existenz, die Bestrebungen, prüfen Mitglieder zu einer gelassenen und zweckmäßigen Wohnung zu kommen, zu einem Eigenheim zu verhelfen, wurde 1926 im Rahmen des Landesverbandes die „Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Ostmark“ (e. G. m. b. H.), Essen, gegründet, welche 1928 den Namen „Wiederanbau“ annahm und als Genossin nicht nur Ostmärker, sondern auch Flüchtlinge aufnehmen konnte. Von der uns durch das Verbandspräsidium des Reichsbundes, die prozinialen Wohnungsfürsorgegesellschaften Dortmund und Düsseldorf, die Stadtbauhaupter und Stadträter gemäßen Unterfertigung ist es uns gelungen, bisher folgende Wohnungen zu errichten: in Dahlenhausen (Ruhr) 21, Bochum-Oberdahlhausen 67, in Essen-Rindern 9, Hattingen 26, Langenberg (Rheinl.) 33, Recklinghausen 36, Dortmund 10, Düsseldorf 10, Duisburg 10, Essen 10, Hattingen 10, Kircheln 16, zusammen 353 Wohnungen. Neben der Errichtung der Wohnungen war es auch möglich, einer Anzahl unserer Bauhandwerker und Arbeiter unbedingende Beschäftigung zuweisen. Die im Jahre 1928 mit dem Sozial-Kommission abgeklärte Kollektions-Straßenreinigung für die nächsten Jahren sollen während der nächsten Zeit in Angriff genommen werden. Mit Bezugnahme auf das Spruchwort „Was wir verlieren haben, darf nicht verloren sein“, für unsere geliebte Heimat, waren es vor allem die Jahnweihen unserer Ortsgruppen Essen, Dortmund, Wesel, Olmsenauer, Barman, Duisburg, Gladbeck, Oberhausen und Hattingen sowie große Veranstaltungen vieler anderer Ortsgruppen und die belohnend fundierenden des Deutschen Olfandes, Essen, Dortmund, Langenberg, Hattingen, Gelsenkirchen, Hemmer, Barman, welche die heimische Bevölkerung, einkerkend, durch den Mitarbeit der Städte und Pfarre, auf die für das ganze Volk so wichtige Ostfrage aufmerksam machten. — Innerhalb der zehn Jahre führten den Vorsitz des Landesverbandes die Herren Volkehard (Essen), Oberbürgermeister a. D. Wilms (Düsseldorf), August Böhmchen (Essen), Edwin Böhmowski (Gladbeck), Hermann Glöbe (Duisburg), Wilhelm Glöbe (Johannesberg), Adolf Sieg (Dortmund). Zum Schluss brachte Rehner: Rückschauend kann ich wohl sagen, daß die Führer des Landesverbandes

Nicht nur der Inhalt der Ausführungen des Herrn Raschik, sondern auch die Dankbarkeit für seine zehnjährige Arbeit und die Wertschätzung seiner Persönlichkeit fanden begeisterten Ausdruck in dem rauschenden Beifall, welcher ihm zuteil wurde.

Herr Regierungsdirektor Trüb überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Ruhrbildungsverbandes. Er führte aus, daß er die Arbeit des Deutschen Ostbundes auf dem Gebiete der städtischen Siedlung, welche durch die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft „Deutscher Ostbau“, „Freiwäitige Rheinland- und Westfalen“, und durch die Gesellschaften „Bauverein“, der „Gesellschaft für Wohnungswesen“, „Hausbau und Gärten“, geleitet wurde, mit besonderem Interesse verfolgte und selbstgesehenen Stellen, eigenen Erfahrungen bei anderen Bauvereinigungen, ohne Rückschlüsse und ohne Verluste vorzüglich gearbeitet und sich des Vertrauens der maßgebenden Behörden erworben hätten. Er werde dabei eintreten, daß diesen beiden Stellen in Zukunft in noch erheblicherer Maße Reichsmittel für Baumaßwerke zur Verfügung kämen, damit sie ihre vaterländische Aufgabe erfüllen können, vertriebenen Ostmärker in Westen heimatsort zu machen und durch die darüber bemerkenswerten Dienste des Regimentsvertreters von der Verjüngung mit Dankbarkeit und starkem Beifall entgegenkommen.

[illegible]

bestellte der Landesverband Magdeburg. Stettin hat, wie schon mitgeteilt, 300 Stück angefordert. Wer folgt diesen schönen Beispielen? Wer noch keinen Kalender bestellt hat, wende sich umgehend an die Bundesgeschäftsstelle.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Personliches.

Die Gedächtnisfeier für Dr. Käthe Schirmer.

die der Frauenausschuß und der Ostmarkenausschuß der Deutsch-nationalen Volkspartei am 2. Dezember abends in der Selbsthalle des Preussischen Landtages veranstalteten, war sehr zahlreich besucht und verlief erheiternd. Erwähnung von Kries, der Vorgespräch des Landtages, Frau Abg. Hermann Schirmer und Frau Abg. Dr. Elisabeth Spöhr, schilderten in ihren Ansprachen Leben und Wirken der Verstorbenen, die von Frau Dr. Spöhr mit Recht als eine heldische Natur bezeichnet wurde, ihre Tätigkeit als Mitglied der Nationalversammlung sowie als Schriftleiterin und Vortragende für den Wiederaufbau des Vaterlandes und die innere Erhaltung und Erleichterung des Volkes, wobei sie ganz besonders auch ihr festes, warmes und tapferes Eintreten für ihre Vaterstadt Danzig und für die gesamte Ostmark hervorhoben. Herr Graf Dautsinn, der Vorsitzende des Ostmarksausschusses, betonte namens der Ostverbände, die überparteiliche seien, daß diese in Anerkennung der großen Verdienste der Verstorbenen um die Ostmark auch ihrerseits aufrichtige Trauer Ausdruck geben über den großen Verlust, den die ostmärkische Sache durch das Hinscheiden der verehrten Schirmerer erlitten hat. Er zeichnete in großen Zügen auch seinerseits das unermüdete Eintreten der Verstorbenen für die Rettung der Ostmark seit dem Zusammenbruch des Vaterlandes und gab der Hoffnung Ausdruck, daß ihre leidenschaftliche Heimat- und Vaterlandsliebe, die sich in ihren Schriften ausprägt, durch diese auch nach ihrem Tode fortwirken möge zum Heile der Ostmark, deren unumgängliche neue Grenze die Verstorbenen unermüdet bekämpften. Vorlesungen aus den Werken der Verstorbenen und himmelstille musikalische Beiträge vervollständigten die starken Eindrücke, die man bei der Feier von dem aufrichtigen Charakter, dem hingebenden vaterländischen Wirken und der echt ostmärkischen Genügnung der Verstorbenen erhielt. Als Vertreter des Ostbundes nahm Bundespräsident Gieseler an der Gedächtnisfeier teil.

Gedächtnisfeier für Dr. Käthe Schirmer.

Eine der bekanntesten Persönlichkeiten, Schneidemühl, Ostmark Briefe, ist in der Nacht vom 29. zum 30. November gestorben. Emil Walbert Briefe wurde am 5. Oktober 1888 in Dt. Krone geboren. Er besuchte dort das Gymnasium und studierte Medizin in Greifswald. Im Mai 1884 kam er nach Schneidemühl. Bis zum 1. Januar 1930 war Ostmark Briefe Bahnarzt. Er war ferner Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Bahnärztereins, der Preussischen Kranken- und Ostmark Briefe Westpreußen und langjähriger Vorsitzender des Vereins der Bahnärzte des Ostbundes, Bahnärztereins und Königsberg. Lange Jahre war Ostmark Briefe Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und war auch längere Zeit deren stellvertretender Vorsteher.

*

Gebohren: Ein Sohn Walter Johannes Steffani (Sohn des Superintendenten St. in Jaroschin) und seiner Frau Ottilie, geb. von Schweinichen, in Chorn.

Silberne Hochzeit: Silbermalerin und Haushälterin Albert Drees und seine Ehefrau Hedwig, geb. Ringer, in Berlin-Spandau, Mehrenstraße 3, früher Bromberg, Kronaustr. 9, am 15. 10. (Dreißigjähriges Jubiläum der Verheirateten) der Ortsgruppe Berlin-Spandau, Oberpostsekretär Emil Götze, nebst Götting, Schneidemühl, Schmalzer Straße 2, am 3. 12.; Maschinenmeister Otto Vankabel und Frau Emma, geb. Bartom, in Altsham, Mühlent. 21, früher in Chorn am der Straße, am 4. 12. (E. war jahrelang als Betriebsleiter im Elektrizitätswerk Krone a. d. Brabe tätig); Herr Albert und Frau Frieda Schatzel, geb. Marzinka, früher Schneidemühl (Westpr.), jetzt Reutheim (Hessl.), am 6. 12. in den Schmiedmühl.

Goldene Hochzeit: Altführer Gottlieb Gieseler in Schwarzhofland, Kirchmühlteiler der G. Gemeinde Gröb, mit Frau Juliana, geb. Jochimsen, am 5. 11.

Verlebte Ostmark: Frau Witwe Agnes Heineke, in Berlin-Spandau, Pilsenerstraße 13, 103. 11, früher in Bromberg-Schleusenau, am 27. 10. 71 J.; Bahnwärter i. R. Gottlieb Keli, früher Wargenberg i. Posen (Verstorben von 1866, 70 u. 71), jetzt Frankfurt a. d. O., Markensdorferstr. 35, am 12. 8. 73 J.; Frau Bauder Gieseler, geb. Hoffmann, Ortswärter, früher Reutheim, am 1. 11. 70 J.; Frau Emilie Baer, geb. Schirmerfeld, Wetzlar, früher Hohenlohe, am 13. 11. 70 J.; Frau Anna Eitner, geb. Siegel, in Dinnis (Prov. Posen), am 1. 12. 70 J.; technischer Eisenbahnbesitzer i. R. Dr. Adolph Windmüller, Meinden (Westpr.), Hohenlohe, am 11. 12. 70 J.; Frau Marie Högler, geb. Riehmann, früher Posen, jetzt Erfurt, am 10. 12. 75 J.; Rentier Emil Sabhke, Gießen, Volkswirtschaft, am 10. 12. 75 J.; Frau Marie, am 11. 75 J.

Gebohren: Frau Maria Schirmer, geb. Wundt, in Schneidemühl am 23. 11.; Frau Magde Straubel in Schneidemühl am 22. 11., 79 J.; Frau Juliana Geymann, geb. Donner, in Schneidemühl am 21. 11., 68 J.; Altführer Wilhelm Schmidt, Hohenlohe, am 23. 11., 81 J.; Dankschreiber Friedrich Karl Samann in Schneidemühl am 18. 11., 53 J.; Frau Erika Mahn, geb. Ritzke, aus Frankfurt a. d. O., in Wernigerode, am 17. 11., 73 J.; Witwe Marie Ritzke, geb. Gieseler, in Egerndorf (Wartburg), am 30. 11.,

76 J.; Witwe Ernestine Jock, geb. Juddsch, in Schneidemühl, früher GutsMuths am 1. 12.; Oberpostsekretär Johann Schmidt, Berlin-Oberhavel, früher Schneidemühl a. d. O., langjähriges Mitglied und Kassierer der Ortsgruppe Oberhavel, Frau Josephine Jock, früher Podgutzky b. Chorn, am 27. 11., 85 J.; Rentier Hermann von Damaros, seit 1922 in Kernen (Wiemark), früher in Eubischow (Westpr.), am 11. 11., 73 J.; seine Ehefrau Emilie, geb. Dangier, starb am 2. 28. 69 J.; Frau Christine Schlier, geb. Köble, in Posen, früher in Brückmann, Kr. Wreschen (Polen), am 28. 11., 76 J.; Lehrer Stephan Krone, in Reize (Ostpr.), früher Ostrowo, am 16. 11.; Arnold Hoff in Posen am 29. 11., 77 J.

In Kr. a. d. O. am 1. 12. Frau Elise Rasmann, geb. Müller, i. d. H. heißen: Frau Auguste Perlich, geb. Mohr, i. d. H.

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Grenzmark Posen-Westpreußen, mittlere Ostmark und Pommern.

Ein polnischer Saisonarbeiter als Würber.

Die 47jährige aus Polen gehörige Franziska Juszkiewicz wurde in Gorkow von dem um 30. Jahre älteren polnischen Schmitt Anton Crela mit einem Beil erschlagen. Crela hat die Kat bereits erhängt. Er ist in Polen verurteilt; es besteht die Möglichkeit, daß die J., nach einer Untersuchung, die beabsichtigte Heirat der C. verhindern wollte.

Schneidemühl. Auf einem am 30. November hier abgehaltenen 5. Jahrestag des Provinzialjubiläumstages, der in 26 Orten 35 Vereine mit 1037 aktiven und 899 passiven Mitgliedern umfaßt, wurde der bisherige Vorsitzende und Gründer des Provinzialjubiläumstages Zietlow zum Ehrenvorsitzenden ernannt; Bundesvorsitzender wurde der bisherige Stellvertreter, Rektor Grottel, Slalom, Stellvertreter Buchdruckereibesitzer Raab, Schwarm (Wartburg), Bundesvorsitzender Herr Gieseler, Schneidemühl. Das nächste Provinzialjubiläum findet 1933 in Schneidemühl zusammen mit dem 50jährigen Jubiläum des Vereins Cyra statt.

Aus den uns gerufenen Ostmark.

Aus Posen:

Wielun. Nach Mitteilung des Wojewoden ist beabsichtigt, den polnischen Kreis Wielun aufzulösen und ihn mit dem Kreise Ostrowo zu vereinigen.

Bromberg. Hier wurde ein polnisches Operntheater eröffnet. Posen besitzt jetzt also fünf Opern und zwar in Warschau, Posen, Ratibow, Lemberg und Bromberg; also drei in ehemals preussischen Gebiet.

Bromberg. Der Bromberger Stadtprediger (Oberbürgermeister) Dr. Bernhard Kliminski, der in Opposition zum Regierungslager steht und daher schon mehrmals aus fadenheiligen Gründen seines Amtes entbunden worden war, ist jetzt zum dritten Male zur Anordnung des Posen-Wojewoden seines Amtes entbunden worden. Als Grund werden Verfehlungen angegeben, deren sich Dr. Kliminski angeblich schuldig gemacht haben soll.

Aus Westpreußen:

Dirschau. Der Ferienzug 116, der 3.25 Uhr früh Danzig verläßt und 5.39 in Marienburg fahrplanmäßig eintreffen sollte, ist am 28. November in Dirschau mit einem Güterzug zusammengefallen. Der Zug ist mit 4 Stunden Verspätung um 9.35 Uhr in Marienburg eingetroffen. Bei dem Zusammenstoß sind eine Person verletzt und drei Personenwagen beschädigt worden. Die Ursache des Unglücks will man darin sehen, daß ein deutscher Weichensteller von Dirschau aus nach Gdingen verfeuert und ein polnischer, noch nicht genügend ausgebildeter Eisenbahnbeamter an seine Stelle gesetzt worden, der noch nicht mit den Signalführungsregeln genügend vertraut war.

*

Gdingen. Im Zusammenhang mit der Verhaftung eines holländischen Bediensteten mehrerer Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen wurden. Der Verhaftete wird Spionage zugunsten des Sowjetstaats zur Last gelegt. Bis jetzt wurden verhaftet: Johann Hoffmann, Danzig, Anton Jotke (Staatsbürger) und Bernhard Schmitz (Gdingen).

Posen und Westpreußen im Rundfunk.

Der Rundfunkvertrag des Herrn Doktorers Gerhardt über eine Reihe nach Posen und Westpreußen, den er bereits in Kr. a. d. O., Ostmark ankündigt, ist auf den nächsten Montag, 15.40—16.05 Uhr, verlegt worden.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Am ostmärkischen Herd“ 16 Seiten.

Für die nicht von der Bundesleitung veranlaßten Anzeigen im Anhangsteil kann eine Haftung nicht übernommen werden.

Schluss der Inseraten-Annahme jeweils Mittwoch mittags 12 Uhr für die nachfolgende Nummer.

Die Geburt eines gesunden
Töchterchens zeigen hochzeitlich an
Paul Mittelsaefel,
Fleischmeister,
und Frau Gertrud,
geb. Büch.
Glogau, Rüppertstraße 22 (früher Zinn).

Am 16. November verschied nach
kurzem schweren Leiden mein innig-
geliebter Gatte, unser herzensguter
Vater, Großvater, Schwager und Onkel,
der Lehrer **L. H.**
Stephan Kramuschke
im Alter von 68 Jahren.

Er folgte nach arbeitsreichem Leben
seinem auf dem Felde der Ehre gestal-
teten jüngsten und seinem vor 3 Monaten
verstorbenen ältesten Sohne in die
Ewigkeit.

Im
Namen aller Hinterbliebenen
Anna Kramuschke
geb. Vogel.

Heiße im November 1930.

Eigenheime

Bau- und Hypotheken-
geleiher zu 5 oder 8%
bei gleichzeitiger tosten-
loser Versicherung durch
eine **Kügelne**
Siedelungs- und Bau-
Genossenschaft.
Wm. Richter-Heide,
Carlsmühl 7.
Sprechstunden 9—19,
Sonntags 10—12.
Druckladen und Aus-
kunft geg. 15 Pf. Porto.
Küchle Bertrater
allerorts gesucht.

Verkaufe zweifädiges
massives

Haus

in sehr gutem Zustande,
erbaut 1912, mit kleinem
Stall und 2 1/2 Mg.
Gartenland, elektrische Licht
vorhanden. Wasser-
leitung in näher Aus-
sicht. Untere Etage mit
4 Zimmern u. Zubehör
zum 1. April 1931 frei.
Eignet sich vorzüglich
für Pensionäre oder
Rentier.

Freudenhagen.

Rechnungsrat a. D.,
Eck a. M. a. D. a. D.

Konstellations- geschäft

1-Zimmer-Wohnung o.
Zweiz., ercort. 2300
Mark, verkauft
Bolz, Berlin N.
Malplaquetstraße 8.

Landwirtschaft

45 Mg., zum 1. 1. 31 in
Stadt Medlenburgs zu
verpachten. 60 Jahre
in einer Hand. Sehr
gut und volles Ein-
renter mit Ernte ist
täglich zu erwerben,
6 1/2 Mille. Guter
Wass und Nebenvor-
dienst. Anfragen an
Paul Mehl,
Strelitz 11, Westb.,
Daniel-Sander-Str. 6.

400 Grucksachen

(Briefbogen, Rechnung-
Postkarten, Aversos mit
Stirn) 4 M. Nachn.
Steinendruckerei,
Berna 24/6, Berlin

Bäckerlehrling

sofort gesucht. Sohn
achtbarer Eltern.
Bäckeri Zable,
Karlstr. 4, Ober,
Berliner Straße 30.

Hotelbesitzer- witwe

49 Jahre, solche Er-
scheinung, blond, Öst-
märterin, sucht auf
diesem nicht ungewöhn-
liche **Lebensge-
führten.**
Bedingung: guter und
solider Charakter, Ge-
schäftssinn, auch pen-
sionierter Beamter an-
genehm. Offerten unt.
E. G. 1200 Postamt
Berlin NW 43.

Östmärker

Landwirtschaft, 30 Jhr.
alt, engl., blond, gute
Erscheinung, einige
tausend Mk. Vermögen,
gutes Einkommen,
wünscht netten Be-
kanntenfr. zwecks spät.

Heirat

Einheirat in Pannmüt-
schaft erwünscht.
Angebote unter 521 an
das Ostland erbeten.

Landwirt

engl., 172 groß, engen.
Erscheinung, im Besitz
einer 72 Mg. gr. Sieb-
wänscht äußert tüchtige
und nette Landwirts-
schafter mit etwas Ver-
mögen zwecks

Heirat

fennenzulernen.
Angebote mit Bild unt.
523 an das Ostland erb.

Herzenswunsch!

Solide, arbeitame
und kaufmännische Ge-
schäftsführer sucht (weil
sonst keine Gelegenheit)
auf diesem Wege mit
Herrn in Briefwechsel
zwecks Heirat zu treten.
Gärtner, auch Witwer
mit Kind, annehmlich.

Nur ernüchterte Zu-
schr. mit Bild unt.
533 an das Ostland erb.

Wer kennt

die Anschrift des früh-
Geschäftsführers Offi-
von der Einkaufsge-
nosenschaft in Krone
a. d. Stube.

Nachricht erbittet die
Verwaltung für
Reichsaufgaben Wt. E.,
Berlin-Griedenau,
Hefenstraße 45/46, zur
Sache Spruchhammer
2 E. 649.

Offmärker!

Provisionsfrei!

Ausnahme-Angebote!

Reg. 20.

Geschoßtegrundstück m. Konfek-
tions- u. Sportanlagungs-
geheiß i. bek. Kurort des
Ostseebereiches . . . 15—20 000
Vandisches Warenhaus i. An-
bauriedorf b. Mühlhausen i.
Schüringen . . . Preis: 8 000
Festkruggrundstück i. Neubau-
stadt Seckingen . . . 17 000
Holt- u. Kohlengeshäft i. Frank-
furt a. d. O. . . Preis: 11 000
Mehlmühle m. Bäckerei i. d.
Sächsischen Schweiz . . . 15 000
Geflügelarm m. etwa 15 Ege-
merk Grund (Wald, Wiese u.
Acker) Wöbe Hof . . . 10—12 000
Wirtschaftsanwesen m. Soalge-
schäft, Caden u. Wohnungen i.
mittl. Stadt b. Darmstadt 25—30 000
Geschäftsgrundstück Nähe Fried-
richshafen a. Bodensee Preis: 50 000
Molkeregrundstück Nähe Stah-
lenburg . . . 5—6 000

214 Marogr. Grundbesitz, Nähe
Friedland/Meckl. . . 25 000
Bäckerei- u. Konditoreigrund-
stück i. meibek. Kur- u. Bade-
ort Wilhelmshafen . . . 5 000
Wohn- u. Geschäftshaus i.
bedeutender Industriestadt i.
Schwarzwald b. Freiburg i. Dr. 15 000
Eisler i. bek. Ostseebad . . . 5 000
Spezial- u. Handelsgärtnerei i.
bedeut. Stadt Anhalts . . . 20 000
Vandhaus m. Pension u. Silber-
wachs i. Kurort b. Karlsruhe . . . 5 000
Pensionshaus i. Schwarzwald-
kurort b. Karlsruhe . . . 10 000
Serren- u. Damenbathgeschäft m.
Werktstatt u. Fabrikation i.
Königsberg/Ohre . . . Preis: 21 000
Holzwerkfabrik m. Wohnhaus
u. Gutsverwalter i. Mittel-
franken . . . 45 000
Jeweils viele Hundert weitere Existenz-
geschäfte, auch mit Grundstücken, Land-
wirtschaftlichen, Gasthöfen, Geflügelarmen
usw. in allen Gegenden Deutschlands.

Verlangen Sie kostenlos unsere
illustrierten Prospekte mit ausführlicher
Beschreibung.

KOCH & Co., Berlin W 10
Hohenpfortenstr. 16. Tel.: Ludwig 5933.

Brenb. Staats-Lotterie

Kauflose zur 3. Klasse
Ziehung 17. und 18. Dez. 1930
1/5 30— 60— 120— RM.
zu haben bei
Staatt. Lotterie-Einnahmer
Sochaczewski
Beuthen O.-S., Ring 19,
rüber Pölschen, Pros. Polen.

7000 Mark

zur Ablösung efter
Hypothek auf Stadt-
grundstück gesucht.
Offerten unter 533 an
das Ostland erbeten.

Eigenheim-Siedlungen

Zu der Nr. 37 des „Ostlands“ erschienenen
Anzeige betr. Familienhäuser in Spandau,
Blumenfeld und Bollersdorf ist bemerkt, daß
nach einer Mitteilung der Gemeinnützigen Bau-
und Siedlungsgenossenschaft Tollenhagen
Feld in Spandau deren Beziehungen zu Herrn
Wilmhelm Halls als Leiter des Werksbüros
dieser Genossenschaft gelöst sind.
Anfragen in dieser Angelegenheit beantwortet die
Gemeinnützige Baugenossenschaft Landesverband
Berlin-Brandenburg des Deutschen Ostbundes
(E. B.), Berlin SW 11, Defauer Str. 8.

Eck- Restaurant

12 Jahre in einer Hand,
mit 2-Zimmer-Wohnung,
ohne Tausch, Preis
10000 Mk., zu verkaufen,
erforderlich 6000 Mk.
Köhler, Berlin N. 65,
Brüßeler Str. 11.

Grundstück

in Potsdam, beste Lage,
Laden mit Wohnung,
3 Zimmer, Küche und
Keller, frei, in
französischer Art
zu verkaufen.
Wolff, Architekt,
Potsdam, Zunkerstr.

Wir haben noch einige Bauernstellen

in der Größe von 60—70
Morgen in Friedrichshof,
Kreis Prenzlau, und
Kreis Jüterbog, Art. Preis-
mäßig, vom. mit guten Ge-
bäuden u. Ernte abzugeben.
Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft
Deutscher Ostbund m. B. S., Berlin-Char-
lottenburg, 2. Hardenbergstraße 43.

Verwertung von Entschädigungs- und Schuldbuchforderung.

Beratung,
Vorschläge,
Beilegung

Anlauf zu höchsten Kursen
und schnellstens durch

Ostmärker-Aufbau G.m.b.H.

Jeg: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B, II
Telephon: B 1 Kurfürst 2775.

Optiker Stephan

Berlin SO, Schlessische Straße 39-40

Telephon: Oberbaum 4273

Kostenlose Augenuntersuchung
Fachmännische Bedienung



Reparaturen
sofort
Eig. Werkstatt
im Hause

Lieferant für Krankenkassen

Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost

Ditländer!

Unterstützt die Heimat!

Die Euren Bedarf an Tafelbutter, Kochbutter, Margarine, an Teilmilch, Käse, vollwertig u. halbfett, an Landbutter, im Preise billiger, in Packungen unter Nachnahme frei Haus von der Dampfmoellerei Engelstein, Mrs. Angerburg (Ditpr.).

= Echt Meißner Spezialitäten =

Meißner Schokoladen-Konfekt. p. Df. 1,70 RM
Braunbrotfett. 0,80 RM
Speikuchen m. Schokolade 1,00 RM
Delikatess-Büfen m. Schokolade 1,35 RM

Postkollis 8 Pfd. RM 10,00 / franko
Dachfen 3 1/2 " 4,50 / Nachnahme

empfehl

Meißner Zuckerwarenhans „Heford“, Meißner,

Jah.: Aug. fisch, früher Klemm in Posen.

Tel. 922, Postfach-Konto Breslau 10135.

Möbeltransporte



in Berlin und
nachaußerhalb
per Bahn und
Automobil-
wagen, Woh-
nungstausch,
Lagerung.

Berlin W 30, Nollendorfsplatz 7, Sammeln.: B 7, Pallas 6736

Im Rentengüter-Verfahren haben wir in Brandenburg, Schleßen und Westpreußen noch einige Bauern - Wirtschaften

in Größe von 40—80 Hg. und auch kleinere
stellen frei. Angedungen werden bereits
jetzt Vorauszahlungen auf zahlende
weitere Siedlerstellen, welche 1931 mit
Ernte und Inventar übergeben werden,
entgegengenommen. Bei Eigeninventar
nur geringe Anzahlung. Vangfristige
niedrige Resthypotheken, meist 1 Freijahr.

Auskunft kostenlos durch die

Deutsche Ansiedlungsbank
Berlin - Salensee,
Seelenzer Straße 30.

Polnische Hypotheken

Forderungen, Werpa-
piere, Grundstücke in
Polen tauf für das
Hypotheken- und
Handelsbank
Edmund Sumalki,
Bydgoszcz (Polen)

Emil Wollenberg,
Bin-Charlottenburg,
Nollendorfsstraße 46.
Tel. Bismarck 4663.

In unserem Haus Ditland-Beisbau am
Spreewitz, unweit Ostums, beginnt der
genügender Beteiligung

am 1. Januar 1931
ein 3 monatlicher

hauswirtschaftlicher Lehrgang.

Der Unterricht wird unter Leitung einer
bes. geprägten Haushaltungslehrerin

Der Penfionspreis einisch. Begehrt be-
trägt 65.— M. monatlich. Ausführende
Propaganda werden auf Wunsch zugelassen.
Anfragen sind zu richten an den

Deutschen Ostbund e. V.
Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstraße 43.

In Deutsch - Österreich
sind ständig unter
günstigen Bedingungen
Landwirtschaften

mit und ohne Wald-
besitz, in jedem Um-
fange, sowie Wald-
Weidgüter zu ver-
kaufen. Anfragen an

Georg Adelf,
reichsde. Oberförster a. D.
in Gleibitz b. Grog.

Existenz!

Schöner Erdboden in
allerbesten Geldschäft-
lage, für jedes Geschäft
passend, sofort gegen
Vollzahlung abzugeben.
Stadt hat jenseits 15000
Einwohn. i. Reg.-Bez.
Köslin. C. G. G. G.
unter 14006 a. d. Kö-
sliner Zeitung, Köslin.

Mitglieder!

Bekannt Euch nach Möglichkeit Eurer
Organisation und ihrer Einrichtungen.

1. Geschädigtenhilfe
Diese Abteilung hilft den Mitgliedern
bei der Verwertung ihrer e. G. G. G. G.
forderungen und bei allen damit zu-
sammenhängenden Angelegenheiten.

2. Versicherungsstelle
des Deutschen Ostbundes. Sie
vermittelt alle Versicherungen zu gün-
stigen Bedingungen.

Deutscher Ostbund e. V.
Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstr. 43. Tel. Steinkl. 8031.

Rentengüter

in Parnen, St. Templin, Udermark, a.
d. Straße Templin-Fürstenwerder, circa
60 Hg. groß Mittelboden (sanfter
Lehm), kompl. friedensmüde Gebäude,
vollst. lebend, und neues totes Inventar,
elektr. Licht und Kraft, reichliche Vor-
ratsausstattung, evangel. Kirche und
Schule sowie Vollbahnstation im Ort.
Anzahlung 8000—10000 M., Restzahl-
geld wird mit 5% einisch. 1/2% Tilgung
verrentet und ist unföndbar. Keine
Grundbesitzersteuer, keine Notariats-
kosten. Abzugeben durch Deutsche Ost-
marken-Siedlung, Berlin-Dahlem,
Königin-Luise-Straße 44.

400. Druckdrucken! Rad. Landeck.

Briefbogen, Rechnung, Schleßen, komfortable
Postkarten, Kuverts mit
Girlande, 20 x 25 Hg. Rad.
Druckerei
S. Ludwig,
Berlin - Holtenau 2,
Hauptstraße 150.

G. Feldblum

Charlottenburg, Kantstr. 57,

an der Wilhelmsdorfer Straße,
früher Polen, Alter Markt.

empfiehlt kein reichhaltiges Lager in

**Wäsche, Trikotagen, Woll-
waren, Strümpfen, Hand-
schuhen** für Ihre Weihnachtseinkäufe.
Reell und billig.

Handsteuer erhoben 10% Rohatt...

Preuß. Staats-Lotterie

Lose 3. Kl. am 17. u. 18. Dez.

Zu haben bei Staatl. Lotterie-Einnahmer

Swinna, Berlin W 35,
Potsdamer Str. 116a,
Ecke Lützowstraße.
Tel. Litow 3086.